

Antragsbuch

der Jusos Region Hannover

Unterbezirkskonferenz am 26. April 2025

Freizeitheim Vahrenwald

Vahrenwalder Str. 92

30165 Hannover

UNSERE
ZUKUNFT,
UNSER
FIGHT!



JUSOS

Region Hannover

Beschlussbuch zur Juso-Unterbezirkskonferenz 2025

Herausgeber*innen:

Jusos Region Hannover

Odeonstraße 15/16

30159 Hannover

Für den Inhalt eines Antrags sind die jeweiligen Antragsteller*innen verantwortlich.

Beschlussverzeichnis

A – Arbeitsprogramm

A01 - Arbeitsprogramm 2025: Unsere Zukunft, unser Fight! S. 11

B – Bildung

B01 - 20 Jahre internationale Hochschulrankings - Wie den Hochschulen der Wettbewerb aufgezwungen wird S. 17

B02 - Interaktiver Lernpfad auf der Wilhelm-Busch-Wiese S. 19

B03 - Jedem die Möglichkeit geben, seine/ihre Fremdsprache nach der 10. Klasse abzuwählen S. 20

B04 - Erzieher*innen in den KiTas entlasten S. 21

B05 - Unsichtbare Frauen in der Wissenschaft – Maßnahmen gegen den *Matilda-Effekt* S. 22

B06 - Anpassung der Benutzungsbedingungen der Stadtbibliothek Hannover S. 25

B07 - KI-Kompetenz in der Bildung stärken — Für eine gerechte und zukunftsfähige Schule S. 27

D – Digitales & Medien

D01 - Stärkere Regulierung von Social Media S. 28

D02 - Die digitale Einheit Deutschlands: Ein klarer Plan für eine einheitliche Architektur S. 30

D03 - Alterskontrolle für Bücher ist Pflicht! S. 33

De – Demokratie & Partizipation

De01 - Faire Wahlen für alle: Briefwahlprobleme im Ausland lösen! S. 35

De03 - Doppelt spitze – Frauenförderung in der SPD großschreiben! S. 33

J – Jugend & Soziales

J01 - Schlafbänke für Obdachlose in Hannover S. 35

J02 - Das Jugendamt muss einheitlicher arbeiten S. 36

J03 - Gleichberechtigung für Menschen aus der Jugendhilfe S. 38

J04 - Aufnahme der Jugendhilfe in den Aktiv-Pass von Hannover S. 39

U – Umwelt

U01 - Europäische Zusammenarbeit für den Erhalt gefährdeter Arten: Ein gemeinsamer Weg zum Schutz unserer Biodiversität S. 41

U02 - Kein Freiflug für Millionäre – Schlupflöcher bei der Kerosinsteuer schließen! S. 44

S – Sonstiges

S01 - Bereitstellung eines Raumbuchungssystems für das KSH S. 45

S02 - Automatische Erhöhung von Freibeträgen S. 46

S03 - Erweiterung der Linie 6 S. 47

S04 - Bist du dir sicher? Für eine niedrighwellige Lebensmittelkennzeichnung S. 48

Ini – Initiativanträge

Ini01 – Gleiches Recht für alle – Keine Bevorzugung der Polizei S. 50

Ini02 - Gerechtigkeit für Lorenz – Konsequente Aufklärung und entschlossener Kampf gegen rassistische Polizeigewalt S. 53

A01 - Arbeitsprogramm 2025: Unsere Zukunft, unser Fight!

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

5

Jusos für die Region: Aktiv, vereint – Für euch! Mit euch!

Jusos sind gegenüber der SPD nur stark, wenn sie geeint auftreten. Dazu möchten wir im nächsten Vorstandsyear unseren Beitrag leisten. Die Juso-AGen der Region Hannover möchten wir partizipieren lassen, indem wir das Modell der offenen Vorstandssitzungen beibehalten.

10 Auch das Get 2gether möchten wir fortführen und inhaltlichen Input zu verschiedenen interessanten Themen wie beispielsweise der Digitalisierung ausgestalten. Wir setzen uns als Ziel, eine AG-Vorsitzenden-Konferenz zu veranstalten und den AGen eine Möglichkeit des Kennenlernens bieten. Außerdem wollen wir unsere Webseite aktuell halten und unsere Aktivitäten auf Social-Media ausbauen. Für den neuen Vorstand planen wir ein Teambuilding-Event.

15 Wir wollen weiterhin mit den höheren Juso-Ebenen, insbesondere dem Bezirk und dem Landesverband, intensiv und vertrauensvoll zusammenarbeiten und unserer besonderen Verantwortung als größter Unterbezirk gerecht werden. Unter anderem wollen wir die Landeskongress 2025 ausrichten. Darüber hinaus bringen wir uns mit Ideen und personell ein.

20 Formate wie Neumitgliederabende oder Antragswerkstätten wollen wir beibehalten und bedarfsorientiert durchführen. Darüber hinaus möchten wir eine Exkursion zum Thema Umwelt- und/oder Tierschutz anbieten. Diese könnten ins Umland führen, beispielsweise ins Wisentgehege Springe, das Bissendorfer Moor in Wunstorf oder auf einen landwirtschaftlichen Betrieb. Alternativ besteht die Idee eines Stadtrundgangs zum Schutz von Stadttauben. Damit möchten wir uns im kommenden Vorstandsyear verstärkt dem Umwelt- und Tierschutz widmen, der in unserer Mutterpartei oft viel zu kurz kommt. Durch Wissensvermittlung und Aufklärung wollen wir bei unserer Exkursion auf die Thematik aufmerksam machen und zeigen, dass Umwelt- und Tierschutz wichtig ist, denn selbst kleine Veränderungen im Alltagsverhalten können viel bewirken!

25
30 Zusammen gegen Rechts

Bei der Bundestagswahl konnte die AfD auch in der Region Hannover an Kraft zu legen, in der Region um 10 Prozent und in der Stadt um 5 Prozent. Wir Jusos dürfen auch vor Ort nicht die Augen verschließen und müssen klare Kante gegen Faschismus und jede Form von

Diskriminierung zeigen. Für uns ist klar: Demokratie und Vielfalt sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen aktiv verteidigt werden – und das geht nur gemeinsam! **Siamo tutti antifascisti!**

5 In der Landeshauptstadt und in der ganzen Region Hannover wollen wir unsere Bündnisarbeit mit Partner*innen aus Gewerkschafts- und Parteijugenden stärken. Wir wollen unsere Präsenz auf Demonstrationen und Kundgebungen wieder hervorheben können – sei es am Arbeitskampftag oder gegen Rechts. Mit unserem Ziel, die soziale wie politische Kinder- und Jugendarbeit in der Region zu bekräftigen, wollen wir uns auch mit politischen Jugendorganisationen zusammenschließen. Insbesondere die Falken möchten wir im kommenden Jahr solidarisch unterstützen und weitere Kürzungen in den städtischen Haushalten verhindern.

10 Für die Kundgebungen und Demonstrationen möchten wir aktiv mobilisieren und viele Jusos auf die Plätze und Straßen in der gesamten Region bekommen. Dafür setzen wir auf eine engere Zusammenarbeit mit den Arbeitsgemeinschaften, die auf Gegenseitigkeit beruht. Einerseits benötigen wir als Unterbezirksvorstand die Ohren der Arbeitsgemeinschaften vor Ort und andererseits können wir als Sprachrohr in den SPD-Unterbezirk sowie SPD-Stadtverband und nach außen dienen. **Alerta, alerta, antifascista!**

Unsere Identität, unsere Stimme – Für FINTA und LGBTQI-Rechte!

20 Aktuell bekommen Tradwives in Sozialen Medien viel Aufmerksamkeit. Es muss Schluss sein mit der Glorifizierung veralteter Geschlechterrollen. Wir setzen uns aktiv für Geschlechtergerechtigkeit und gegen Sexismus, Misogynie und Transfeindlichkeit ein. Außerdem fordern wir die konsequente Durchsetzung von Gleichberechtigung - unabhängig von Geschlecht und Identität. Es geht darum, bestehende Ungleichheiten zu überwinden und eine gerechte Gesellschaft zu schaffen!

25 LGBTQI-Personen sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Umso erschreckender sind die Ansichten einiger Personengruppen. Während auf der einen Seite die Vielfalt und Offenheit der Bevölkerung zunimmt, fordert eine andere Seite flächendeckend eine Stagnation, bis hin zu einer Entrechtung von Minderheiten. Es darf keine Spaltung der Gesellschaft geben, denn diese Menschengruppen sind keine gesonderte Kategorie, sondern Teil der aktiven Gesellschaft. Wir fordern die Stärkung des fundamentalen SBGG (= Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag), die Aufklärung über medizinische Versorgung von Hormontherapien und Medikamente zur Stützung von Transformationen sowie (mehr) qualifizierte Beratungsstellen. Wir haben einen sozialen Fokus und sind der Meinung, dass es kein Zurück in die Vergangenheit geben darf, wie in den USA. Wir möchten Offenheit und Sichtbarkeit fördern! Deshalb wollen wir auf den CSDs in Hannover und Region präsent sein.

35

Unsere FINTA-Vernetzungen sind ein wichtiger Aspekt, um Kontakte zu knüpfen, uns zu empowern und für den Austausch untereinander. Wir wollen auf regelmäßige Vernetzungen setzen, zum Beispiel in Form von Themenabenden und eines Ausflugs, um das Interesse vieler verschiedener Menschen zu wecken. Um FINTA-Vernetzungen regelmäßig anbieten zu können, soll die Vorbereitung dieser Veranstaltungen nicht mehr ausschließlich durch FINTA-Personen erfolgen.

Eine Kleidertauschparty zum Beispiel ist eine wunderbare Veranstaltung, um einfach und ungezwungen ins Gespräch zu kommen. Alle FINTAS, unabhängig von Alter und Budget, sind herzlich eingeladen, sich neue Kleidungsinspirationen einfallen zu lassen, sich stilistisch auszutoben und/oder unliebsame Kleidung gegen neue Lieblingsstücke einzutauschen oder einfach nur zu plaudern.

Ebenfalls können wir uns eine Diskussionsveranstaltung über den § 218 StGB mit Expert*innen vorstellen. Denn wir setzen uns klar für die Abschaffung des Paragraphen und die körperliche Selbstbestimmung ein. Auch ein feministischer Filmabend kann eine gute Gelegenheit sein, um spannende Diskussionen zu führen und den Austausch zu fördern.

Unser Ziel ist: Wir wollen uns bei unseren Vernetzungen gegenseitig ermutigen, denn egal, welche Kleidergröße wir haben, wie wir aussehen, welche Hobbies wir haben oder welche Musik wir hören: Wir sind alle schön, stark und mutig!

Schlecht beleuchtete Plätze, Straßen, Unterführungen und Parks sind Orte, an denen sich viele Menschen in der Dunkelheit sehr unwohl fühlen. Wir fordern: Die Stadt muss sicherer werden! Dieser Appell wurde schon oft geäußert, verschiedene Umfragen in Hannover haben dies bestätigt, aber es hat sich nicht viel getan. Wir wollen laut sein und weiter auf das Problem aufmerksam machen. Eine Möglichkeit, unsere Forderung zu verdeutlichen, ist z. B. ein Stadtspaziergang, um die derzeitige Situation zu dokumentieren und konkrete Orte zu benennen, bei denen konkreter und dringender Verbesserungsbedarf besteht.

Für eine sozial gerechte Zukunft: Bezahlbares Wohnen, gute Jugendarbeit und faire Bildung!

Im nächsten Vorstandsjahr möchten wir uns verstärkt mit dem Thema Obdachlosigkeit auseinandersetzen. Es gibt viele Gründe, weswegen Menschen in die Obdachlosigkeit geraten. Häufig führen kritische Lebensereignisse wie Krankheiten, der Tod naher Angehöriger oder eine Trennung zum Wohnungsverlust. Doch unabhängig vom Grund für die Obdachlosigkeit: Für uns steht fest, dass jeder ein menschenwürdiges Leben verdient! Daher möchten wir verschiedene Aktionen anbieten, um innerverbandlich Aufklärungsarbeit zu leisten und um in der Gesellschaft Aufmerksamkeit auf dieses wichtige, aber oft ignorierte Problem zu lenken.

Hierfür könnten sich ein Themenabend oder ein Stadtrundgang zum Thema Obdachlosigkeit oder die Teilnahme an einer Hilfsaktion für Obdachlose eignen.

Jugendeinrichtungen und offene Kinder- und Jugendarbeit sind essenziell für gesellschaftliche Teilhabe, Chancengleichheit und eine lebendige Demokratie. Dennoch werden sie in vielen Kommunen vernachlässigt – es fehlt an Investitionen, Personal und langfristiger Planungssicherheit. Gerade in finanziell angespannten Zeiten wird oft zuerst bei der Jugendarbeit gespart, obwohl sie für die Entwicklung junger Menschen unverzichtbar ist.

Wir setzen uns für eine bessere finanzielle und strukturelle Unterstützung von Jugendeinrichtungen ein. Zudem wollen wir als Jusos den Austausch mit diesen Einrichtungen intensivieren, um ihre Anliegen stärker in die politische Debatte einzubringen. Gute Jugendarbeit darf nicht vom Standort oder der Kassenlage der Kommune abhängen – sie muss überall Priorität haben.

Das Bildungs- und Teilhabepaket soll Kindern und Jugendlichen aus Familien mit Sozialleistungen den Zugang zu Bildung, Freizeit und gesellschaftlicher Teilhabe erleichtern. In der Praxis kommt die Unterstützung jedoch oft nicht an – sei es durch komplizierte Antragsverfahren, mangelnde Bekanntheit oder unzureichende finanzielle Mittel. Viele Familien schöpfen die Leistungen daher nicht aus, obwohl sie dringend darauf angewiesen sind. Wir fordern, dass diese Unterstützung ausgebaut und leichter zugänglich gemacht wird. Dazu gehört eine bessere Informationspolitik, vereinfachte Verfahren und eine bedarfsgerechte Erhöhung der Leistungen. Kein Kind darf aufgrund finanzieller Hürden von Bildung und sozialer Teilhabe ausgeschlossen werden – das muss eine zentrale Aufgabe sozialer Politik bleiben.

Die Abschaffung der Kita-Beiträge durch die Landesregierung sollte Familien entlasten, doch viele Kommunen geraten dadurch finanziell unter Druck. Fehlende Mittel führen zu Personalmangel, schlechterer Ausstattung und begrenzten Betreuungsplätzen – zum Nachteil von Kindern, Eltern und Fachkräften. Statt an einem System festzuhalten, das auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen wird, braucht es eine sozial gerechte Lösung. Wir setzen uns für eine beitragsfreie Betreuung in KiTas ein, für die die Gemeinden finanzielle Mittel vollständig durch das Land Niedersachsen erhalten. Eine hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuung ist kein Luxus, sondern eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, die nachhaltig gesichert werden muss.

Bauland nutzen, Kommunen stärken – für eine faire und bezahlbare Zukunft!

Bezahlbares Wohnen stellt eine der größten Herausforderungen unserer Generation dar. Wohnraum ist knapp und Mieten dadurch teuer. Seit dem 01.01.2025 ist die Erhebung der Grundsteuer C - der sogenannten "Spekulationssteuer" - möglich und notwendig. Hiermit

werden Investoren bestraft, welche Bauland kaufen und für eine Wertsteigerung halten, ohne je auch nur eine Bebauung beabsichtigt zu haben. Durch diese Bodenspekulanten wird der Wohnraum für alle teurer. Bauland darf kein Spekulationsobjekt sein! Wir wollen, dass in Hannover und allen Regionskommunen die Grundsteuer C geprüft und ggf. erhoben wird. Bezahlbarer Wohnraum kann nur geschaffen werden, wenn auch Bauland besteht. Somit machen wir das Halten von Bauland ohne Wohnungen unattraktiv.

Dies stellt auch einen Beitrag zur Initiative der Stadt zur "Abschaffung" der Obdachlosigkeit bis 2030 dar. Der kommunale Wohnungsbau muss dafür gestärkt und auch in die Region Hannover getragen werden. Hierzu muss wesentlich mehr Bauland zur Verfügung stehen.

10 Viele Kommunen stehen vor großen finanziellen Herausforderungen. Steigende Sozialausgaben, hohe Investitionsbedarfe und unzureichende Einnahmen setzen ihre Haushalte zunehmend unter Druck. Trotz neuer Aufgaben von Bund und Land fehlt es oft an ausreichender finanzieller Unterstützung, sodass viele Städte und Gemeinden kaum noch Spielräume für wichtige Zukunftsinvestitionen haben.

15 Wir fordern, dass das Konnexitätsprinzip konsequenter angewendet wird: Wer eine Aufgabe überträgt, muss auch für die notwendigen Mittel sorgen. Zudem muss der kommunale Finanzausgleich gerechter gestaltet werden, damit finanzschwache Kommunen nicht weiter abgehängt werden. Eine starke kommunale Ebene ist die Grundlage für eine funktionierende Demokratie und eine gerechte Gesellschaft – deshalb müssen wir dieses Problem entschlossen
20 angehen.

Von Sprinti bis Schiene: Mehr Kapazitäten für eine nachhaltige Mobilität!

Der Sprinti hat sich als flexible und bedarfsgerechte Ergänzung des Nahverkehrs in der Region Hannover bewährt. Besonders in kleineren Ortschaften schließt er eine wichtige Lücke im
25 ÖPNV-Angebot und sorgt für bessere Mobilität. Doch aktuell ist das Projekt nur bis 2027 gesichert – wir setzen uns dafür ein, dass der Sprinti dauerhaft etabliert und weiter ausgebaut wird.

Dabei muss auch die bestehende Ungleichbehandlung zwischen kleineren Ortschaften innerhalb größerer Städte und eigenständigen Gemeinden beendet werden. Nur weil ein Ort formal zu einer gut angebundenen Stadt gehört, heißt das nicht, dass die Menschen dort eine verlässliche Nahverkehrsanbindung haben. Der Sprinti darf nicht an künstlichen Stadtgrenzen
30 scheitern – Mobilität muss für alle gewährleistet sein.

Letztes Jahr wurde bei der Juso-Landeskonferenz nach intensiven Debatten unser Antrag für die Bahn-Neubaustrecke zwischen Hamburg und Hannover beschlossen. Die SPD ist momentan dagegen. Auch angesichts der anstehenden Debatte zur Bahntrasse Hannover-Bielefeld
35 müssen wir diesen Prozess weiter begleiten und uns für eine starke Schieneninfrastruktur

einsetzen. Denn die bestehende Strecke ist längst an ihrer Belastungsgrenze: Der Mischbetrieb aus schnellen Reisezügen, Güter- und Regionalverkehr sorgt für ständige Verspätungen und Engpässe, die sich auf das gesamte Netz auswirken. Eine zusätzliche Trasse entlang der A7 würde nicht nur den Fernverkehr beschleunigen, sondern auch dringend benötigte Kapazitäten für einen zuverlässigeren und besser getakteten Regionalverkehr freisetzen. Das oft als Alternative diskutierte Alpha-E-Konzept bleibt hinter diesen Anforderungen zurück – es würde lediglich den Status quo zementieren, ohne die strukturellen Probleme zu lösen. Deshalb bleiben wir bei unserer klaren Forderung: Die Neubaustrecke ist unausweichlich, wenn wir eine starke, verlässliche und zukunftsfähige Schieneninfrastruktur wollen. Menschen und Güter gehören auf die Schiene – und zwar ohne ständige Verspätungen und Engpässe!

Kommunalwahl - Jetzt durchstarten: Deine Politik, dein Rat!

Im Herbst kommenden Jahres stehen in Niedersachsen die Kommunalwahlen an. In der Region Hannover wählen wir die Stadträte, Stadtbezirksräte, Regionsversammlung, (Ober-) Bürgermeister*innen sowie den/die Regionspräsident*in. Wahlberechtigt sind bereits alle Bürger*innen ab 16 Jahren und vereinzelt auch Personen, die keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Wir können daher Wähler*innen erreichen, die bei den übrigen Wahlen nicht wahlberechtigt sind und daher noch keine gefestigte Wahlentscheidung haben. Außerdem wird der Jugendwahlkampf wieder besonders wichtig, weshalb wir frühzeitig in die Wahlkampfzubereitung starten wollen.

Ebenfalls bereits ab 16 Jahren können Personen für die Kommunalparlamente kandidieren. Unser großes Ziel ist es, durch mehr Jusos in den kommunalen Parlamenten vertreten zu sein. Da die Ortsvereine bereits diesen Herbst mit der Aufstellung der Listen beginnen, müssen wir zeitnah junge Menschen für eine Kandidatur gewinnen. Dafür setzen wir auf eine Vernetzung zwischen den aktuellen Jusos in Kommunalparlamenten sowie den potentiell interessierten Mitgliedern. Es soll ein Empowerment für Interessierte stattfinden, um sich in den häufig männlich geprägten Ortsvereinen mit hohem Altersdurchschnitt durchsetzen zu können. Dies soll u.a. durch ein frühzeitig startendes Paten- bzw. Mentorenprogramm gelingen, bei dem erfahrene Kommunalpolitiker*innen im Juso-Alter neue Interessierte dauerhaft begleiten und bei Fragen unterstützend zur Seite stehen. Ein Workshop rund um die Kommunalpolitik und Wahl soll erste Fragen klären und für ein Grundverständnis sorgen.

B01 - 20 Jahre internationale Hochschulrankings - Wie den Hochschulen der Wettbewerb aufgezwungen wird

Angenommen

5 Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Landtagsfraktion SPD Niedersachsen

Wir fordern einen neuen Umgang mit internationalen Hochschulrankings zu finden und die Förderung der Hochschulen in der Breite zu sichern. Dafür sollen folgende drei Forderungen realisiert werden:

1. Hochschulranking mit dem unrealistischen Anspruch weltklasse Universitäten zu küren abzulehnen und die Bewegung #morethanourrank zu unterstützen.
2. Qualität von Studium und Lehre anhand von Akkreditierungen und Lehrveranstaltungen zu bewerten, nicht als einen Nebenschauplatz von Hochschulrankings, die nur die Forschungsleistung betrachten.
3. Eine Stärkung der wissenschaftlichen Förderung in der Breite, insbesondere der Sozialwissenschaften, da die Förderung der Spitze nur zu einer Vereinheitlichung der Hochschulschwerpunkte führt und somit die Wissenschaft in ihre Vielfältigkeit verliert.

20

Begründung:

Mit dem World University Ranking des Times Higher Education (THE) Magazins, mit Sitz in London, wurde im Jahr 2004 eine neue Zeit der Rankings eingeführt. Hochschulen wurden schon vorher national verglichen, teilweise auch schon international, aber der Anspruch Universitäten von Weltklasse auswählen zu können, hatte vorher nur das "Academic Ranking World Universities - Shanghai Jiaotong Ranking (ARWU), welches im Jahr 2003 erstmalig erschien.

Diese beiden internationalen Hochschulrankings erstellen somit jährlich anhand ihrer eigenen Bewertungskategorien eine Liste der weltbesten Universitäten. Dabei werden aber nur um die 2.000 Hochschulen betrachtet, von den insgesamt weltweit aber ca. 25.000 existierenden. Die Rankings bieten, so das erklärte Ziel, damit die Möglichkeit für künftige Studierende, aber auch Personen, die schon im Hochschulsystem sind, mehr Transparenz im Vergleich der Hochschulen.

Über die Jahre passten die Rankings teilweise ihre Bewertungskriterien an, wie das THE Ranking, teilweise veränderten sie diese nie, wie das Shanghai Ranking. Die Hochschulen richteten sich, genau wie die politischen Entscheidungsträger*innen immer stärker nach diesen Kriterien aus. Die Folge war nicht nur ein weiterer Neoliberalisierungsschub durch eine rein auf Kennzahlen und Effizienz getrimmte Perspektive. Der Wettbewerb anhand der teilweise wahllosen Auswahl an Kriterien führte auch zu einer Schwächung der sozialwissenschaftlichen Fächer, die in den stark naturwissenschaftlichen Kriterien kaum punkten konnten. Kurz nach dem ersten THE Ranking begann 2005 unter dem damals SPD geführten Bundeswissenschaftsministerium die Exzellenzinitiative, die wir seit 2017/18 als Exzellenzstrategie kennen. Diese ist eng verknüpft mit den Bewertungskriterien der Hochschulrankings und insbesondere die wenigen deutschen Hochschulen, die internationale Beachtung finden, u.a. die LMU und TU München profitieren auch seit mehreren Runden von der Exzellenzförderung. Dies zeigt die Verengung der Förderprogramme und Rankings auf einige wenige Hochschulen, wodurch die vielfältige Hochschullandschaft geschwächt wird.

Nun 20 Jahre nach der Veröffentlichung des THE Rankings, welches auch besonders im europäischen Raum beachtet wird, müssen auch wir als Jungsozialist*innen die Rankings und ihre Folgen für die Wissenschaftspolitik kritisch betrachten. Im Jahr 2013 beschlossen die Juso-Hochschulgruppen bereits, dass Hochschulrankings abzulehnen sind und riefen die Hochschulen auf, die Teilnahme an jeglichen zu beenden. Im internationalen Kontext gibt es die Bewegung #morethanourrank welche zeigen will, wie viel mehr Hochschulen und auch das Studium an diesen ausmacht als die Bewertungskriterien, an denen sie sich messen lassen müssen. Für viele Studierende wird die Studienentscheidung auch nicht davon abhängen, wie viele Nobelpreisträger*innen an der Hochschule studiert oder gelehrt haben oder ob die Publikationszahl in einzelnen Fächern besonders hoch ist. Bei den meisten Rankings steht die Qualität der Lehre zu weit im Hintergrund und so wird der Wettbewerbswahnsinn im Hochschulsystem nur angefeuert. Unter diesem enormen Druck leiden auch die wissenschaftlichen Mitarbeitenden und all diejenigen, die sich anhand der Kriterien jährlich messen müssen, dabei steht die Aussagekraft der Rankings immer wieder in der Kritik.

Aktuell gibt es neue Entwicklungen in der Welt der Hochschulrankings, das ehemalige mehrdimensionale U-Multirank, welches die Besonderheit aufwies, die Bewertungskriterien von der jeweiligen Nutzer*in selbst gewichten zu lassen, soll nun zu einem europäischen Ranking werden. Die Einführung dessen müssen wir kritisch betrachten, der Prozess zur Erstellung eines Rankings wird zu neuen Bewertungskriterien führen und eventuell die Perspektive von Hochschulrankings positiv verändern, sofern ein grundlegendes Umdenken stattfindet. Wichtig ist, dass uns als Jusos die Bedeutung von Hochschulrankings bewusst ist und wir verstehen, wie viele Entscheidungen in der Wissenschaftspolitik anhand dieser Kennzahlen getroffen werden.

B02 - Interaktiver Lernpfad auf der Wilhelm-Busch-Wiese

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos Vahrenwald-List

Weiterleitung: Stadtverband Hannover

5

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen: Das ein interaktiver Lernpfades auf der Wilhelm-Busch-Wiese in der nördlichen Eilenriede zum Thema "Wald und seine Bewohner" mit Informationstafeln, die interaktive und kindgerecht (Grundschule Niveau) aufbereitet sind, angelegt wird.

10

Begründung:

Die Eilenriede bietet Erholung und einen Begegnungsort für viele Menschen. Durch die zentrale Lage zwischen der Musikhochschule und der Bernadotteallee und dem Wakitu- und Sonnenspieplatz ist die Eilenriede ein besonders Erholungsangebot, was von allen Menschen egal welchen sozioökologischen Hintergrund sie haben, genutzt werden kann. Und auch viel genutzt wird. Außerdem haben Bürger*innen und vor allem auch Kinder hier die Möglichkeit, kostenlos den Wald und viele Spielmöglichkeiten hautnah zu erleben. Leider fehlt es bisher noch an interessanten Informations- und Lernmöglichkeiten. Dafür bietet sich diese große zentral gelege und gut besuchte Wiese direkt neben dem Milchhäuschen besonders gut an. So das kostenlose Bildungsangebote besonders gut genutzt werden können, ist es von besonderer Relevanz, dass ein interaktiver Lernpfad gebaut wird, um Informationstafeln am Eingang zu ergänzen und für jüngere Generationen aufzubereiten. So wird dieses Angebot besonders für Kinder interessant und lernreich. Da es in Hannover nur wenig kostenlose Bildungsstätten gibt, ist es besonders wichtig, dass die Verfügbarkeit von Lernmöglichkeiten ausgebaut und attraktiver gestaltet wird.

25

B03 - Jedem die Möglichkeit geben, seine/ihre Fremdsprache nach der 10. Klasse abzuwählen

Angenommen

5 Antragsteller*innen: Jusos Vahrenwald-List

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz

10 Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen: Dass jeder Schüler, jede Schülerin zu 100% die Chance bekommt, seine/ihre Fremdsprache nach der 10.Klasse umzuwählen können. Kein Schüler/keine Schülerin sollte darunter leiden, dass es in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten schwere bildungspolitischen Fehler gab, welche dazu geführt haben, dass wir nun einen akuten Lehrermangel haben. Dieses Argument kommt gerade von Schulen um zu rechtfertigen warum man die Umwahl nicht anbietet.

15 Deshalb fordern wir, dass jeder Schüler/jede Schülerin nach der 10. Klasse ein Angebot bekommt seine/ihre Fremdsprache umwählen zu können.

B04 - Erzieher*innen in den KiTas entlasten

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos Barsinghausen

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

5

Die Versammlung möge beschließen:

Zur Entlastung der Erzieher*innen in den Kindertagesstätten (KiTas) wird

- 10 1. Das der Fachkräftemangel bekämpft wird in dem die Ausbildung bezahlt wird und auch der Lohn angehoben wird. Des Weiteren müssen mehr Stellen geschaffen werden, um die Arbeitnehmer*innen zu entlasten.
- 15 2. Für eine Entlastung muss ebenfalls mehr Verwaltungszeit für alle mehr Verwaltungszeit für die stellvertretende Leitung einer KiTa zur Verfügung gestellt, um die Leitung der KiTa besser bei der Bearbeitung des gesteigerten bürokratischen Mehraufwandes zu unterstützen.
3. mehr Verfügungszeit für alle KiTa-Mitarbeitende eingeräumt, weil der Umfang der Arbeit durch zusätzliche Fachgespräche mit Ärzt*innen, Eltern, Therapeut*innen etc. stark zugenommen hat.

Begründung:

- 20 Kinder sind das höchste Gut einer Gesellschaft. Die Förderung der Kinder durch u.a. frühkindliche Bildung und Integration in eine Gruppe z.B. in einer KiTa sind daher von besonderer Bedeutung für eine Gesellschaft. Damit diese Erziehung und Betreuung der Kinder gut möglich ist, sind Erzieher*innen sehr gefordert. Infolge von größeren Gruppen in den KiTas und dem zunehmenden Betreuungsaufwand von einzelnen Kindern aufgrund von Defiziten in der Bildung und der Erziehung sind die Anforderung und Belastungen an die Erzieher:innen hoch.
- 25 Um weiterhin eine gute Betreuung der Kinder zu ermöglichen, sind gesunde, ausgeglichene und zusätzliche Erzieher*innen notwendig. Um dem Verantwortung zu tragen, muss die Belastung von KiTa-Mitarbeitenden reduziert werden.

B05 - Unsichtbare Frauen in der Wissenschaft – Maßnahmen gegen den *Matilda-Effekt*

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos Burgdorf

5 Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz, z. K. Falko Mohrs (MWK)

10 Wissenschaft lebt von bahnbrechenden Entdeckungen, von Personen, die die Welt verändern – doch nicht alle erhalten die Anerkennung, die sie verdienen. Über Jahrhunderte hinweg wurden die Leistungen von Frauen in der Forschung kleingeredet, ignoriert oder gar männlichen Kollegen zugeschrieben. Ob Rosalind Franklin, deren bahnbrechende DNA-Forschung hinter Watson und Crick verschwand, oder Lise Meitner, die für die Entdeckung der Kernspaltung übergegangen wurde – der Matilda-Effekt ist kein Relikt der Vergangenheit, sondern nach wie vor ein strukturelles Problem.

15 Auch heute noch werden Frauen in der Wissenschaft systematisch benachteiligt: Sie erhalten weniger Fördermittel, ihre Arbeiten werden seltener zitiert und höhere akademische Positionen bleiben oft Männern vorbehalten. **Die Anerkennung wissenschaftlicher Leistungen darf jedoch keine Frage des Geschlechts sein!** Es ist höchste Zeit, den „Matilda-Effekt“ (benannt nach der US-amerikanischen Frauenrechtlerin Matilda Joslyn Gage) zu beenden und Frauen in der Wissenschaft die Anerkennung zu geben, die ihnen zusteht.

20 Frauen sind in der Wissenschaft nach wie vor unterrepräsentiert: Obwohl sie etwa die Hälfte der Studienanfänger*innen und Promovierenden stellen, sinkt ihr Anteil mit jeder höheren Karrierestufe drastisch. Nur 28 % der Professuren in Deutschland sind von Frauen besetzt, und ihre Forschung wird seltener zitiert sowie geringer gefördert – ein klares Zeichen für strukturelle Benachteiligung, die es zu überwinden gilt. Zudem werden Frauen in der Wissenschaft bei Preisen und Ehrungen weiterhin übergangen, was ihre Sichtbarkeit und Karrierechancen zusätzlich einschränkt. Diese Zahlen verdeutlichen den sogenannten Leaky-Pipeline-Effekt, bei dem der Frauenanteil mit jeder höheren Karrierestufe in der Wissenschaft abnimmt.

Der Matilda-Effekt hat auch heute noch weitreichende negative Konsequenzen:

- 30 • **Weniger Anerkennung:** Wissenschaftlerinnen erhalten für gleichwertige Leistungen weniger Sichtbarkeit und Anerkennung.
- **Geringere Karrierechancen:** Die geringere Anerkennung führt zu erschwerten Bedingungen beim Zugang zu Führungspositionen und prestigeträchtigen Projekten.
- **Weniger Fördermittel:** Frauen erhalten oft weniger Forschungsförderung, was ihre wissenschaftliche Arbeit und Karriereentwicklung einschränkt.

- **Geringere Vorbildfunktion:** Die geringe Sichtbarkeit erfolgreicher Wissenschaftlerinnen wirkt sich negativ auf den wissenschaftlichen Nachwuchs aus und kann junge Frauen davon abhalten, eine Karriere in der Forschung anzustreben.

5 **Um den Matilda-Effekt zu bekämpfen und die Chancengleichheit in der Wissenschaft zu fördern, fordern wir:**

1. **Transparente und geschlechtergerechte Bewertungsverfahren:**

- 10
- Einführung standardisierter und transparenter Kriterien bei der Vergabe von Forschungsfördermitteln und Preisen, um geschlechtsspezifische Verzerrungen zu vermeiden. Drittmittelgeber*innen sollen geschlechtergerechte Förderkriterien implementieren.

2. **Förderung von Wissenschaftlerinnen:**

- Einrichtung weiterer spezieller Förderprogramme und Stipendien für Frauen in der Wissenschaft, insbesondere in den Übergangsphasen zwischen Promotion, Habilitation und Professur.

15 3. **Mentoring- und Netzwerkprogramme:**

- Aufbau von Mentoring-Programmen, die Nachwuchswissenschaftlerinnen mit erfahrenen Forscherinnen vernetzen, um den Austausch von Wissen und Erfahrungen zu fördern.

4. **Sensibilisierung und Schulung:**

- 20
- Durchführung regelmäßiger Schulungen und Workshops für Gutachter*innen, Entscheidungsträger*innen und wissenschaftliche Gremien zur Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Vorurteile und deren Auswirkungen.

5. **Datenerhebung und Monitoring:**

- 25
- Systematische Erfassung und Veröffentlichung von Daten zur Geschlechterverteilung in verschiedenen wissenschaftlichen Karrierestufen und Disziplinen, um Fortschritte und Handlungsbedarf transparent zu machen.

6. **Anerkennung und Sichtbarkeit:**

- 30
- Aktive Förderung der Sichtbarkeit von Wissenschaftlerinnen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, inklusive der Hervorhebung ihrer Beiträge in Publikationen, Konferenzen und Medien.

7. **Verbindliche Gleichstellungspläne:**

- Verpflichtung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zur Erstellung und Umsetzung konkreter Gleichstellungspläne mit klaren Zielvorgaben und Maßnahmen.

8. **Bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Karrierewege in der Wissenschaft**

- 5
- Immer noch sind berufliche Wege in der Wissenschaft von langer Unsicherheit geprägt. Diese Unsicherheit verstärkt das Machtgefälle innerhalb der Wissenschaft und fördert die Ausbeutung von Nachwuchswissenschaftler*innen. Unter dieser Situation leiden Frauen besonders stark, da sie zusätzlich stärker durch Sorge-Arbeit belastet werden und immer noch oft zwischen Karriere und Familie entscheiden müssen. Wissenschaftliche Laufbahnen müssen deshalb zuverlässiger werden, durch Befristungshöchstgrenzen ohne Tarifsperre, mehr unbefristete Stellen im Mittelbau und die Ausweitung von Tenure-Track-Programmen. Der Ampel-Koalition ist es nicht gelungen, diese dringend benötigte Reform durchzuführen. Wir fordern deshalb von der neuen Bundesregierung, 10
- 15
- zügig das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu novellieren und weitere Maßnahmen für bessere Arbeit in der Wissenschaft zu ergreifen.

Einige dieser Maßnahmen sind bereits in Teilen der Wissenschaft und in Förderprogrammen umgesetzt worden, jedoch nicht in einem ausreichenden Ausmaß, um die Ungleichbehandlung in der Wissenschaft effektiv zu beenden. Finanzielle Mittel sollten im Rahmen bestehender 20 Programme zur Förderung der Gleichstellung in der Wissenschaft bereitgestellt und bei Bedarf aufgestockt und erweitert werden.

Der Matilda-Effekt stellt eine erhebliche Barriere für die Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft dar. Durch die Umsetzung der genannten Maßnahmen können wir dazu beitragen, die Sichtbarkeit und Anerkennung von Wissenschaftlerinnen zu erhöhen, geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen und ein gerechteres und innovativeres Wissenschaftssystem zu schaffen.

25

B06 - Anpassung der Benutzungsbedingungen der Stadtbibliothek Hannover

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Stadtverband Hannover

5

Aus den Benutzungsbedingungen der Stadtbibliothek Hannover geht hervor, dass Menschen unter bestimmten Voraussetzungen vom Leseentgeld befreit sind. Dazu gehören:

10 Inhaber*innen eines gültigen Hannover-Aktiv-Passes, Empfänger*innen von Hilfen [zum Lebensunterhalt / Sozialhilfe (SGB XII), Arbeitslosengeld II / Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz], alle Personen unter 20 Jahren, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende, Bundesfreiwilligendienstler*innen, Freiwillige im FSJ, FKJ, FÖJ u. ä., Institutionen, die sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen oder Ausbildungszwecken dienen.

15 Oder zusammengefasst: Menschen, die finanzielle Unterstützung benötigen, um sich den Bibliotheksausweis leisten und an der Gesellschaft teilhaben zu können, und Menschen, die zum Beispiel ein FSJ machen.

20 Uns sind zwei Menschengruppen aufgefallen, die nach dieser Argumentation des Nachteilsausgleichs und Teilhabe sowie der Anerkennung freiwilliger öffentlicher Arbeit in die Befreiung des Leseentgelts ebenso hineinpassen, aber nicht in den Bibliotheksnutzungsbedingungen aufgeführt sind: Menschen, die ein Ehrenamt ausüben und Menschen, die in einer Jugendhilfe-Maßnahme sind.

Die Stadtbibliothek Braunschweig geht mit einem guten Beispiel voran: Menschen, die die Ehrenamtskarte besitzen, also aktiv ein Ehrenamt ausüben, erhalten den Bibliotheksausweis kostenlos. Somit wird auch gleichzeitig ein Anreiz geschaffen, Ehrenämtern nachzugehen.

25 In Hannover sind in den Benutzungsbedingungen zwar Menschen aufgeführt, die freiwillige Dienste wie das Freiwillige-Jahr leisten, aber nicht Ehrenamtsausübende - obwohl beides der gleichen Logik folgt: Anreize schaffen und Anerkennung für Menschen, die freiwillig Dienste für die Gesellschaft erledigen.

30 Menschen einer Jugendhilfemaßnahme, die auch über das 20. Lebensjahr hinauslaufen kann, sind nicht schriftlich in den Benutzungsbedingungen genannt, obwohl sie sowohl finanziell als auch von der gesellschaftlichen Teilhabe auf einer Ebene mit z.B. Bürgergeld gestellt werden können. Dabei haben Personen aus der Jugendhilfe teilweise sogar weniger Geld zur Verfügung als ein Bürgergeldempfänger in gleicher Lage.

Und dennoch sind die Jugendhilfe und die Ehrenamtsausübenden nicht explizit in den Benutzungsbedingungen erwähnt. Auch ein Vorzeigen eines Einkommensnachweises oder der Ehrenamtskarte bringt hier nichts, da die genaue Formulierung bei der Entgeltbefreiung fehlt. Es fehlt an der konkreten Erwähnung beider Personengruppen in der Entgeltbefreiung.

- 5 Wir fordern eine Anpassung der Benutzungsbedingungen der Stadtbibliothek Hannover für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung freiwilliger ehrenamtlicher Arbeit.

Darin fordern wir:

- die schriftliche Nennung von Personen in der Jugendhilfe in der Entgeltbefreiung
- 10
- die schriftliche Nennung von ehrenamtsausübenden Personen in der Entgeltbefreiung

B07 - KI-Kompetenz in der Bildung stärken — Für eine gerechte und zukunftsfähige Schule

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordWest

5 Weiterleitung: SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für ein umfassendes verpflichtendes Fortbildungsprogramm zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI), gerademit Schwerpunkt ChatGPT, für Lehrkräfte einzusetzen. Man sollte mit diesem Fortbildungsprogramm allerdings die schon ge-
10 gegebenen technischen Möglichkeiten nutzen und nicht neue hinzufügen. Diese Fortbildungen sollen verpflichtend sein für alle Lehrer unabhängig davon, in welcher Klasse sie unterrichten. Das Ziel wäre es, Lehrkräfte zu befähigen, Lernenden einen kritischen reflektierten und progressiven Umgang mit KI-Technologien zu vermitteln und dabei die bereits vorhandenen Mittel (z.B Whiteboards) endlich aktiv und effektiv zu nutzen. Um das alles zu erreichen, sollen die
15 Fortbildungsprogramme an den Schulen stattfinden, damit man direkt mit den eigenen Geräten arbeiten kann.) für Lehrkräfte einzusetzen. Diese Fortbildungen sollen Lehrkräfte befähigen, Lernenden einen kritischen, reflektierten und progressiven Umgang mit KI-Technologien zu vermitteln. Zudem sollen die Lehrenden durch die Fortbildung einen angemessenen Umgang mit KI-Tools für die Unterrichtsvorbereitung und Unterrichtsdurchführung erlernen.

20

Begründung:

Die fortschreitende Digitalisierung und die rasante Entwicklung von KI-Technologien prägen zunehmend unseren Alltag und die Arbeitswelt. Unsere bereits stark belasteten Lehrkräfte und das veraltete Schulsystem stehen vor der Herausforderung, mit dieser technologischen Revo-
25 lution Schritt zu halten. Viele Lehrende haben bisher wenig Erfahrung mit KI-Tools wie ChatGPT, was es ihnen erschwert, den Lernenden einen selbstbestimmten und verantwortungsvollen Umgang mit diesen Technologien nahezubringen.

Als Jusos ist es eines unserer Kernanliegen, dass wir uns für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit für alle ein. Die digitale Transformation darf nicht zu einer weiteren sozialen Spaltung führen. Daher fordern wir eine flächendeckende KI-Fortbildungsoffensive für alle Lehrkräfte in Niedersachsen. Diese Qualifizierung soll sie nicht nur in die Lage versetzen, KI-gestützten Betrug zu erkennen, sondern vor allem die Lernende dabei zu unterstützen, KI als unterstützendes Werkzeug für ihre schulische und berufliche Zukunft zu nutzen.

Die Fortbildung muss darüber hinaus aufzeigen, wie KI sinnvoll und arbeitserleichternd in der Unterrichtsvorbereitung eingesetzt werden kann. Dies würde unsere chronisch überlasteten Lehrkräfte entlasten und ihnen mehr Raum für ihre eigentliche pädagogische Arbeit geben. Nur so können wir eine moderne, gerechte und zukunftsfähige Bildung für alle gewährleisten.

5

D01 - Stärkere Regulierung von Social Media

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

5

Social Media in ihrer aktuellen Form zersetzt die parlamentarische Demokratie und lässt mittels fortschreitenden Manipulationsmethoden zunehmend die Grenzen zwischen Realität und Unwahrheiten verschwimmen. Nicht nur dass mittlerweile gezielt Falschinformationen verbreitet und Wahlen stark beeinflusst werden können, auch für den Alltag vieler Nutzer ist die ständige Verwendung von Social Media Gift.

10

Daher fordern wir, dass die SPD sich auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzt, dass:

15

- Betreiber von Sozialen Medien eine verpflichtende (automatisierte) Inhaltskontrolle durchzuführen haben und haftbar für Straftaten (z.B. unerlaubte Wahlbeeinflussung, Antisemitismus, Menschenhandel, Volksverhetzung, etc.) gemacht werden, die über die Plattform erst ermöglicht werden.

20

- Natürliche und juristische Personen mit ihrer Identität gegenüber dem Betreiber und Rechtsstaat für Straftaten haftbar gemacht werden können und ihre Identität jederzeit feststellbar ist.

25

- Rechtswidriges Verhalten seitens der Plattform zwingend verfolgt wird und falls nicht, sollen gestaffelte Strafmaßnahmen analog zur DSGVO eingeführt werden mit Strafen in Höhe bis zu 5% des Jahresumsatzes oder schlussendlich eines gänzlichen Verbots der Nutzung im europäischen Raum.

30

- Die Plattformen zwingend eine Kontextualisierung aller Inhalte ermöglichen (beispielsweise Ergänzung von Einordnungen oder Quellen) und öffentlichkeitswirksame Beiträge von Nutzer*Innen korrigiert werden können

- Automatisiertes Verhalten seitens Bots auf Plattformen mit großen Hürden versehen wird, die nur noch durch eine natürliche oder juristische Person erfüllbar ist (im Zweifelsfall mit rechtssicheren digitalen Methoden die Identität nachweisbar machen, zur Not sogar an ein Identitätsdokument gekoppelt) und somit klar ist, dass Beiträge von Menschen eingestellt werden

- Zuwiderhandlung von Nutzer*innen führt zu einer zeitweisen Sperrung von Konten bis hin zu einem dauerhaften Ausschluss von der Plattform bei wiederholten Aktivitäten mit Straftatbestand
- Datenhoheit nach DSGVO innerhalb des europäischen Raums herrscht und die Daten europäischer Nutzer nicht außerhalb dessen verarbeitet werden dürfen

5

All diese Punkte sollen mit weiteren denkbaren Erweiterungen zu einer europäischen Nutzungsrichtlinie zusammengeführt werden, die für sämtliche Betreiber sozialer Netzwerke im europäischen Raum zwingend gilt. Falls eine Plattform dieser Richtlinie nicht zustimmt ist ihr Betrieb im europäischen Raum verboten.

- 10 Weiterhin fordern wir die Schaffung eines europäischen sozialen Netzwerks und Nachrichtendienstes, der von Grund auf dieser Richtlinie folgt und eine zentrale Plattform für den sozialen Austausch innerhalb der europäischen Union schafft, aber auch von Nutzern weltweit verwendet werden kann. Für diese gelten dann dieselben Bedingungen nach obiger Richtlinie.

D02 - Die digitale Einheit Deutschlands: Ein klarer Plan für eine einheitliche Architektur

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

5

Die Verwaltungsdigitalisierung und das Onlinezugangsgesetz basieren auf dem „Einer-für-
Alle-Prinzip“ (EfA). Das bedeutet, dass nicht jedes Bundesland für jede Verwaltungsleistung
selbst einen Onlinedienst bauen muss, sondern die verschiedenen Themenbereiche zwischen
den Bundesländern aufgeteilt werden. Beispielsweise ist Niedersachsen für die Digitalisierung
10 von Gesundheitsleistungen zuständig, während Leistungen im Bereich Umwelt von Schleswig-
Holstein und Rheinland-Pfalz gemeinsam umgesetzt werden usw. Dies soll zu einer Effizienz-
steigerung und Kostenminimierung führen, da sich nachnutzende Bundesländer vom entwi-
ckelnden Bundesland anschließen lassen können.

Der gewünschte Erfolg durch das EfA-Prinzip blieb allerdings aus, die Verwaltungsdigitalisie-
15 rung läuft bekanntlich schleppend. Maßgeblich verantwortlich hierfür sind die unterschiedli-
chen Architekturstandards, die es in Bund, Ländern und teilweise sogar Kommunen gibt. Der
Bund hat zu Beginn der Digitalisierungsprojekte entschieden, nicht in die Hoheit der Länder
eingreifen zu wollen und stattdessen auf „Technologieoffenheit“ gesetzt, sodass jedes Bun-
desland selbst entscheiden kann, welche Architekturansätze genutzt werden. Bei der Imple-
20 mentierung von Onlinediensten aus anderen Bundesländern führt dies zu massiven Proble-
men, da es überall unterschiedliche Schnittstellen gibt. So muss ein nachnutzendes Land nach
dem Einkauf einer EfA-Leistung diese nicht nur an das eigene Landesrecht anpassen, sondern
auch technische Schnittstellenlösungen entwickeln. Teilweise müssen hierfür wieder neue An-
wendungen mit Glue-Code o. ä. geschrieben werden, die ähnlich komplex wie eine Neuent-
25 wicklung gewesen wären.

Vermeiden ließe sich dies durch eine deutschlandweit einheitliche Strategie zur Digitalisie-
rungsarchitektur. Dies stellt zwar zunächst einen Eingriff in die Hoheitsrechte der Bundeslän-
der dar, von den Vorteilen können aber alle profitieren, sei es wie erläutert die Verwaltung
selbst für eine einfachere Nachnutzbarkeit oder die Bürger*innen, die Verwaltungsleistungen
30 nutzen. Denn Bürger*innen sind mobil; sie wohnen und arbeiten beispielsweise in zwei ver-
schiedenen Bundesländern. Wenn Bürger*innen überall in Deutschland die gleichen Kommu-
nikationswege nutzen können und die Serviceportale verschiedener Behörden ähnlich aufge-
baut sind, wird die Nutzer*innenfreundlichkeit stark erhöht, da die Orientierung vereinfacht, die
Anzahl an benötigten Zugangsdaten wie Passwörtern gesenkt und im besten Fall sogar eine
35 automatisierte Weiterleitung zur örtlich zuständigen Stelle ermöglicht wird. Ein guter Schritt in

diese Richtung wurde mit der Abschaltung der länderspezifischen Nutzer*innenkonten erreicht, die jetzt einheitlich durch die BundID (künftig DeutschlandID) ersetzt werden. Die BundID erreicht eine stärkere Akzeptanz in der Gesellschaft, da sie durch intensive Weiterentwicklung zunehmend benutzer*innenfreundlicher wird und sich durch Kooperationen mit Banken, Versicherungen u. ä., die die BundID vor allem zur Authentisierung verwenden, über den
5 speziellen Anwendungsfall der öffentlichen Verwaltung hinaus weitverbreitet. Der Eingriff in die Hoheitsrechte der Länder war in diesem Fall also bereits zielführend.

Im Bereich der OZG-Umsetzung ist die Zeit zu weit fortgeschritten, um den Bundesländern nachträglich einheitliche Architekturstandards überzustülpen. Doch es stehen weitere wichtige
10 Projekte in der nahen Zukunft an, bei der bundesweite Einheitlichkeit eine zentrale Rolle für ihren Erfolg spielt. Neben dem KI-Einsatz in der Verwaltung, für den einheitliche Leitlinien erstellt werden sollten, und bereichsspezifischen Projekten wie der Digitalen Schule, bedarf es vor allem bei der Registermodernisierung einer einheitlichen Struktur. Registermodernisierung basiert auf der Idee des Once-Only-Prinzips. Dies bedeutet, dass Bürger*innen jeden Nach-
15 weis nur ein einziges Mal erbringen müssen und er danach in einem zentralen Register für diese Nachweisart gespeichert wird, auf den alle Verwaltungen in Deutschland bei Bedarf Zugriff haben. Wenn stattdessen Register mangels Vereinheitlichung oder Schnittstellen nur jeweils innerhalb eines Landkreises abrufbar werden, handelt es sich nicht mehr um Once-Only, denn nach jedem Umzug müssten alle Daten im neuen Landkreis ein weiteres Mal vorgelegt
20 werden.

Zudem muss sich im Vorfeld der Umsetzung auf einheitliche Einträge innerhalb der Register verständigt werden. Nur wenn Datenformate sowie -inhalte demselben Prinzip folgen, kann die Vielzahl der kleinen Register von den aktuell führenden Behörden in ein großes, bundes-
25 weites Register übertragen werden. Auch die Schnittstellen müssen diesmal vorab vereinheitlicht werden, um eine ähnliche Problematik wie bei der OZG-Umsetzung zu vermeiden. Der Bund sollte seine Kompetenz im Bereich der einheitlichen Digitalisierungsstandards nutzen, um zukünftig sinnvolle Vorgaben zu machen, die die Umsetzung in der Praxis erleichtern. Dies könnte beispielsweise ein Normierungsgremium übernehmen, welches technische Standards für Schnittstellen festlegt, ohne eine vergaberechtswidrige Herstellerbindung auszulösen. Bei
30 bereits in der Umsetzung befindlichen Projekten sollte ebenfalls überprüft werden, wo Vereinheitlichung großen Nutzen bringt, ohne zu kompliziert umsetzbar zu sein, und in der Folge durchgeführt werden.

Am Beispiel der Registermodernisierung lässt sich darüber hinaus erkennen, dass vor der Umsetzung die vollständige Digitalisierung aller Verwaltungsleistungen nötig ist. Wenn eine
35 Leistung noch nicht online nutzbar ist, bringt auch das bürgerzentrierte Once-Only-Prinzip keine Erleichterung. Nur wenn ein Antrag in digitaler Form und medienbruchfrei gestellt werden

kann, können Prozesse wie der automatisierte Zugriff auf zentrale Register implementiert werden. Daher muss auch die OZG-Umsetzung wieder politische Priorität haben und schnell vorgebracht werden, sodass große innovative Projekte wie Registermodernisierung oder die Einführung einer KI für Verwaltung auf dieser wichtigen Basis aufbauen können.

D03 - Alterskontrolle für Bücher ist Pflicht!

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

5 Wir fordern eine verbesserte und differenzierte Kennzeichnung für Bücher. Fantasie ist genauso lebhaft, wie, wie einen Film zu schauen. Dementsprechend schädigend kann auch ein Buch sein.

Daher muss:

- 10 • eine Alterskontrolle verbesserte und differenzierte Kennzeichnung für die Altersgruppen ab 16 und 18 eingeführt werden, bei z.B. folgenden Buchthemen: Pornografie und Gewaltverherrlichung.
- bei Buchverkäufen eine Warnung für Bücher ab 16 und ab 18 Jahren vorgenommen werden, bei z.B. folgenden Buchthemen: Pornografie und Gewaltverherrlichung.
- Aufklärung über die Gefahr von FSK 16 und FSK 18 Büchern betrieben werden, bei
- 15 • z.B. folgenden Buchthemen: Pornografie, Gewaltverherrlichung, Sexualisierte Gewalt, Selbstverletzung und Missbrauch.

Wir fordern eine Alterskontrolle für Bücher sowie die Aufnahme von Büchern in das Jugendschutzgesetz.

20 Begründung:

Bei Filmen kennen wir es bereits: die Freiwillige Selbstkontrolle - kurz FSK. Die FSK-Ausschüsse sprechen Freigaben nach der gesetzlichen Vorgabe aus, dass Filme und andere Trägermedien, die "geeignet sind, die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen oder ihre Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu beeinträchtigen", nicht für ihre Altersstufe freigegeben werden dürfen (§ 14 Abs. 1 JuSchG). In den FSK-Grundsätzen wird dabei bewusst auf eine vermutete Wirkung abgestellt.¹

Zusammengefasst: je nach Altersgruppe werden Kinder und Jugendliche vor gewissen Inhalten geschützt, die ihre Entwicklung beeinträchtigen können.

30 Diese Argumentation trifft auf Bücher aber genauso zu. Diese sind aber für jeden frei verfügbar. 13-jährige Menschen können zum Beispiel sogenannte "Dark Romance" Bücher erwerben,

obwohl diese jugendgefährdende pornografische Inhalte aufweisen. Auch gewaltverherrlichende Inhalte sind häufig in Büchern wiederzufinden.

5 Es werden in diesen Büchern Werte vermittelt, bei denen Jugendliche nicht von Realität und Fiktion unterscheiden können. Eine Alterskontrolle muss stattfinden, um das körperliche, geistige und seelische Wohl von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.

Minderjährige können noch nicht einschätzen, welche Bücher Ihnen im Nachhinein schaden können. Gerade ab 13 Jahren fühlt man sich sehr erwachsen und traut sich höhere FSK Bücher zu, aber aus eigener Erfahrung ist das nicht zutreffend, dass man das einschätzen kann.

10 Auch für Eltern wäre eine solche Empfehlung wertvoll, da sie oft einfach die Bücher kaufen, die ihnen ihre Kinder hinhalten, ohne zu wissen, dass die Bücher nicht für ihr Kind geeignet sind.

15 Für Bücher im Bereich Sachbücher und Geschichte bedarf es eine andere Bewertung, es ist dennoch empfehlenswert, hier eine Content Warnung einzubringen - insbesondere bei graphischen Beschreibungen. Faktenbasierte Bücher müssen FSK frei zugänglich sein, da Aufklärungsarbeit sowohl in Geschichte als auch Sach-Medien nicht eingeschränkt / gefährdet werden darf.

De01 - Faire Wahlen für alle: Briefwahlprobleme im Ausland lösen!

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

5 Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

10 Für deutsche Staatsbürger*innen, die sich im Ausland aufhalten, gibt es für die Ausübung des aktiven Wahlrechtes ausschließlich die Möglichkeit der Briefwahl. Gerade bei der vergangenen Bundestagswahl im Februar 2025 hat sich jedoch gezeigt, dass es hierbei – selbst innerhalb von Deutschland – große Probleme mit den Rückläufen der beantragten Wahlunterlagen gibt.

15 Die Beantragung von Briefwahl war gut 1,5 Monate vor dem Wahltag möglich. Wahlberechtigte innerhalb Deutschlands erhielten ihre Briefwahlunterlagen in der Regel rechtzeitig, auch wenn sie nicht direkt am erstmöglichen Tag beantragt wurden. Im Ausland hingegen kamen viele Wahlunterlagen, die frühzeitig beantragt wurden, bis zum Wahltag nicht bei den Wahlberechtigten an. Während es im EU-Ausland noch einen vergleichsweise hohen Anteil an pünktlich eingetroffenen Wahlunterlagen gab, kamen beispielsweise aus den USA lediglich 46 Briefwahlstimmen bundesweit pünktlich zurück, zumeist von den Mitarbeiter*innen der Deutschen Botschaften bzw. Konsulate und deren Angehörigen. Alle anderen Stimmen verfielen aufgrund der Postlaufzeiten.

20 Betroffen sind über 200.000 im Wählerverzeichnis registrierte Deutsche mit Wohnsitz im Ausland sowie eine unbekannte Anzahl an Personen, die sich beispielsweise für ein Studium zeitlich begrenzt im Ausland aufhalten. Nach herrschender Rechtsmeinung gibt es keinen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Briefwahl, da die Personen ihr Wahlrecht in Deutschland ausüben könnten. Die Ausübung des Wahlrechtes ohne funktionierende Briefwahl ist jedoch faktisch unmöglich, da die Einreise zur Stimmabgabe aus der Mehrheit der Länder nicht verhältnismäßig ist.

30 Für kommende Wahlen sollten daher Briefwahlunterlagen, die ins Ausland versendet werden müssen, prioritär behandelt werden. Die Online-Beantragung von Briefwahl sollte frühestmöglich freigeschaltet werden, sobald der Wahltermin feststeht, damit der Aufwand vorab eingeschätzt und ggf. mehr Verwaltungspersonal bereitgestellt werden kann. Außerdem sollten alle Briefwahlunterlagen, die einen Poststempel vor Schließung der Wahllokale in Deutschland (UTC +1 bzw. während der Sommerzeit UTC +2) erhalten haben, als gültig angesehen und nachträglich ausgezählt werden.

Weiterhin soll die Wahlteilnahme im Ausland in deutschen Konsulaten ermöglicht werden. Gibt eine wahlberechtigte Person an, in einem Konsulat wählen zu wollen, soll sie sich auf die pünktliche Ankunft der Unterlagen im Konsulat verlassen können. Sind Konsulate groß genug, sodass kein Rückschluss auf einzelne Wähler*innen möglich ist, können sie die Stimmzettel
5 direkt vor Ort auszählen und die Ergebnisse wie die Wahlhelfer*innen in Deutschland telefonisch durchgeben. In Zeitzonen, in denen die Schließung der deutschen Wahllokale in die Nacht oder frühen Morgenstunden fällt, soll die Stimmabgabe im Konsulat bereits am Vorabend enden. So kann ein erheblicher Anteil an Stimmzetteln aus dem Ausland schnell nach dem Ende der Wahl ins amtliche Endergebnis übernommen werden. Die Fahrt in das örtliche
10 Deutsche Konsulat ist dabei wesentlich verhältnismäßiger als die Rückkehr nach Deutschland.

De03 - Doppelt spitze – Frauenförderung in der SPD großschreiben!

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos Vahrenwald-List

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

5

Die SPD betont immer wieder, dass sie Frauen stärker fördern möchte. Unsere Mutterpartei auf Unterbezirks-, Landes- und Bundesebene stellt immer wieder heraus, dass sie dafür sorgen möchte, dass sich Frauen in unserer Partei wohlfühlen, sich politisch partizipieren und Führungsrollen übernehmen. Doch gleichzeitig stellte der Gleichstellungsbericht der SPD aus dem Jahr 2021 fest, dass nur 118 von 299 Kandidat*innen direkt für den Bundestag kandidierten. Bundesweit lag der Frauenanteil in der SPD im Jahr 2020 nur bei 33,0 %. Im Jahr 2021 waren nur 40% der Vorsitzenden der Landesverbände und Bezirke weiblich. In den Unterbezirken und Kreisverbänden lag die Zahl ebenfalls bei ca. 40%. In den Ortsvereinen, bundesweit, sahen die Zahlen noch erschreckender aus, denn nur 23,7 % der Ortsvereine hatten eine weibliche Vorsitzende. Seit dem Bundesparteitag 2019 gibt es die Möglichkeit eine Doppelspitze zu wählen, diese Möglichkeit wurde von 13,6% der Unterbezirke und Kreisverbänden genutzt. Die Doppelspitze wurde instruiert, um die Arbeit auf mehrere Schultern zu verteilen und Frauen zu fördern und den Anteil an Frauen in Führungsrollen zu steigern.

Dennoch gibt es auch hier einen Haken. Denn in der Wahlordnung der SPD steht im §23: „Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand. Er besteht aus a) dem oder der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, davon eine Frau“. Darüber hinaus enthalten Organisationsstatut und Wahlordnung der SPD eine Geschlechterquote, die besagt, dass in Vorständen und Delegationen sowohl Männer als auch Frauen zu mindestens 40 % vertreten sein müssen.

Daraus geht hervor, dass ebenfalls ein Teil der Doppelspitze männlich sein muss. Wenn wir uns als Partei jedoch vornehmen Frauen zu fördern und sie in ihrem Handeln zu unterstützen, dann muss es möglich sein, dass ebenfalls zwei Frauen eine Doppelspitze bilden können. Denn wenn die Zahlen des Gleichstellungsberichts aus dem Jahr 2021 eines zeigen, dann ist es, dass wir genügend Männer in Führungspositionen haben und sie nicht durch einen Nebensatz in der Wahlordnung absichern müssen.

Deshalb fordern wir, dass:

- die Wahlordnung geändert wird in: „Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand. Er besteht aus a) dem oder der Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten

Vorsitzenden, davon mindestens eine Frau. Es ist ebenfalls möglich zwei Frauen in eine Doppelspitze zu wählen.“

- 5 • • In § 11 Abs. 2 „In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen und Männer mindestens zu je 40 % vertreten sein.“ ersetzt wird durch „In den Funktionen und Mandaten der Partei müssen nach Maßgabe dieses Statuts und der Wahlordnung Frauen mindestens zu 40% vertreten sein.“ Davon abgeleitet sollen auch alle übrigen Verweise auf die Geschlechterquote in Organisationsstatut und Wahlordnung durch eine Frauenquote ersetzt werden.
- 10 • Diese Änderungen in den Statuten aller untergeordneten Ebenen ebenfalls vorgenommen werden, d.h. in unserem Fall SPD-Stadtverband, SPD-Unterbezirk, SPD-Bezirk und SPD-Landesverband.
 - die Jusos auf allen Ebenen eine weibliche Doppelspitze wählen können
 - Frauenförderung und vor allem das Verteilen von Führungspositionen in der SPD an
- 15 Frauen stärker vorangetrieben wird

J01 - Schlafbänke für Obdachlose in Hannover

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Stadtverband Hannover

5

Wir fordern die Bereitstellung von Schlafbänken für Obdachlose in der Region Hannover.

10 In Hannover ist defensive Architektur allgegenwärtig. Das bedeutet, dass durch bauliche Maßnahmen obdachlose Menschen daran gehindert werden sollen, im öffentlichen Raum zu schlafen oder sich zu erholen. Ein Beispiel hierfür sind Armlehnen, die auf Sitzbänken installiert werden, damit man sich auf diese Bänke nicht mehr legen kann. Gleichzeitig sind Notunterkünfte häufig überfüllt und durch große Räume, in denen viele Menschen untergebracht werden, häufig auch gemischtgeschlechtlich, drohen Konflikte, Diebstahl sowie Übergriffe. Entsprechend ist für viele Wohnungslose das Aufsuchen einer Notunterkunft mit einer großen Hemmschwelle verbunden. Darüber hinaus werden Obdachlose im öffentlichen Raum immer
15 wieder Opfer von Gewalt.

Hannover ist eine Stadt für alle und das schließt obdachlose Personen selbstverständlich mit ein. Dieser Grundsatz muss sich auch in der Stadtgestaltung widerspiegeln. Daher fordern wir über den Rückbau defensiver Architektur hinaus die Installation von Schlafbänken in verschiedenen Ausführungen im öffentlichen Raum. Diese Maßnahme würde nicht nur die Lebenssituation obdachloser Menschen konkret verbessern, indem sie einen menschenwürdigen Rückzugsort bieten, sondern auch ein deutliches Zeichen setzen, dass in unserer Region niemand
20 ausgegrenzt werden darf.

Es gibt hierbei unterschiedliche Möglichkeiten, diese Schlafbänke zu realisieren. Beispielsweise bieten überdachte Bänke tagsüber eine Sitzgelegenheit und zum Schlafen mehr Privatsphäre und Schutz vor Wettereinflüssen.
25

„Urban Rest Pods“ schützen als von innen verschließbaren Kapseln nicht nur Privatsphäre und Schutz vor Wettereinflüssen, sondern auch vor Gewalt anderer, mobile Schlafsysteme bieten darüber hinaus noch zusätzlichen Stauraum für persönliche Gegenstände, da sie wie kleine Wagen gebaut sind.

J02 - Das Jugendamt muss einheitlicher arbeiten

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Stadtverband Hannover, Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

5

Wer aktuell in einer Jugendhilfemaßnahme unter § 35a SGB VIII Hilfen erhält, der kann bis zum Alter von 27 Jahren diese Hilfen genehmigt bekommen. Diese Genehmigungen der Hilfe nach dem 21. Lebensjahr scheinen je nach Jugendamt stark zu variieren und teils willkürlich vergeben zu werden. Die Verantwortung für die jungen Menschen wird hin und her geschoben und Ausreden wie "es sei die JUGEND-Hilfe" und nicht "Erwachsenen-Hilfe" bekommen junge Menschen oft zu hören. Um Kosten einzusparen, werden junge Menschen aktuell meist früher aus der Hilfemaßnahme entlassen, als es sinnvoll ist. Teilweise sind grundlegende Fähigkeiten, die zum eigenständigen Leben benötigt werden, noch nicht bzw. nicht ausreichend vorhanden. Psychische Probleme begünstigen die aus der zu frühen Entlassung resultierenden Existenzängste - es drohen Krisen. Kein junger Mensch, der starke Schwierigkeiten hat, den Alltag allein zu bestreiten, sollte allein gelassen werden.

Man sollte meinen, dass § 41 SGB VIII und § 7 Abs. 1 Nr. 3 und 4 SGB VIII dem Jugendamt als Begründungen für die weitere Genehmigung der Hilfen ausreichen, aber das stimmt nicht. Viele hilfsbedürftige junge Menschen erhalten keine Hilfe mehr, weil die Genauigkeit für die weitere Genehmigung fehlt. Es kann nicht sein, dass das Jugendamt seine Zuständigkeit ignorieren kann und Menschen zur Sozialhilfe überleiten möchte, obwohl das Jugendamt gesetzlich die Hilfe weitertragen kann und sollte, da sie die nächste Ebene für den jungen Menschen ist und ihm so am besten helfen kann.

Wenn das Jugendamt nicht an Richtlinien zur Entlassung aus der Jugendhilfe gebunden ist, werden sie die Erhöhung auf Hilfeleistung bis zu einem Alter von 27 Jahren aus Kostengründen nie zum Wohl des jungen Menschen nutzen.

Wir fordern daher, dass Jugendämter sich an festgelegten einheitlichen Richtlinien orientieren müssen und Hilfen dementsprechend weiter genehmigen, wenn Bedarf besteht.

Dafür fordern wir eine bindende Richtlinie für Jugendämter bezogen auf § 35a SGB VIII, § 41 SGB VIII und § 7 Abs. 1 Nr. 3 und 4 SGB VIII für die Umsetzung der Hilfen für junge Menschen bis 27 Jahren. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, die der junge Mensch erfüllen muss, damit er guten Gewissens aus der Hilfemaßnahme genommen werden kann und ein eigenständiges Leben führen kann. Diese Richtlinien können in Ausnahmefällen erweitert werden, um so eine bestmögliche Unterstützung gewährleisten zu können. Zudem fordern wir die

Schaffung von mehr Plätzen in Einrichtungen für Jugendliche, aufgrund des sehr hohen Bedarfs bei zu wenig Plätzen.

Nach der geforderten Richtlinie muss der junge Mensch folgende alltagsrelevanten Fähigkeiten besitzen und Bedingungen erfüllen, um aus einer Hilfsmaßnahme entlassen werden zu können:

5

- Haushaltsführung (z. B. Einkaufen, Kochen, Ordnung und Sauberkeit)
- strukturierter Tagesablauf und Wahrnehmung von Terminen
- Mentale Stabilität und Gesundheit (-> unterstützendes Netzwerk vorhanden)
- physische Gesundheit (-> unterstützendes medizinisches Netzwerk vorhanden)

10

- eine finanzielle Sicherheit besteht (z. B. Job, Ausbildung, Studium)
- gesunder Alltag vorhanden (Hobbys, Freunde u. Ä.)
- Kenntnis über weitergehende Hilfemöglichkeiten und Ansprechpartner*innen für grundsätzliche sowie medizinische Anliegen

J03 - Gleichberechtigung für Menschen aus der Jugendhilfe

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Stadtverband Hannover, Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz

5

Die Ungleichbehandlung von Jugendhilfe und Sozialhilfe ist alarmierend und muss dringend aufhören. Beide Hilfen werden komplett verschieden gehandhabt, obwohl sie sich von den Benachteiligungen in der Gesellschaft so ähnlich sind.

Menschen, die Sozialhilfe und Bürgergeld beziehen:

- 10
- haben die BUT-Berechtigung (z. B. für Kosten für Schulgeräte)
 - erhalten Vergünstigungen / Kostenbefreiungen (z. B. für Büchereiausweise, ÖPNV-Tickets, Schwimmbäder o. Ä.)
 - erhalten in Hannover im Gegensatz zur Jugendhilfe z.B. den Aktivpass mit über 70 Vergünstigungen

15

Diese gesellschaftlichen und finanziellen Nachteilsausgleiche gelten nicht für die Jugendhilfe, obwohl:

- die jungen Menschen weniger Geld zur Verfügung haben als Bürgergeldempfänger in gleicher Lebenslage
- 20
- beide finanziell und gesellschaftlich gleich/ähnlich benachteiligt sind

Das ist absolut nicht fair. Alle sollten die gleichen Chancen haben und - wenn sie diese nicht haben - einen gleichwertigen Nachteilsausgleich bekommen.

Daher fordern wir:

- 25
- die Anerkennung, dass in der Jugendhilfe im Vergleich zu anderen Sozialleistungen ein Nachteil besteht, den es zu bekämpfen gilt.
 - die gleichen Nachteilsausgleiche, die es bereits für ähnlich finanziell und gesellschaftlich gestellte Personen gibt.
 - Chancengleichheit für junge Menschen mit komplizierten Lebensumständen (z. B. Jugendhilfe).
- 30
- Berechtigungen zu Vergünstigungen, wie z. B. in Hannover der Aktiv-Pass und BUT.

J04 - Aufnahme der Jugendhilfe in den Aktiv-Pass von Hannover

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Stadtverband Hannover

5

Wir fordern die Aufnahme von Menschen aus Jugendhilfe-Maßnahmen in das Hannover Aktiv-Pass-Programm sowie die Anerkennung für Nachteilsausgleiche im Bereich Jugendhilfe.

Der Hannover Aktiv-Pass gilt für berechnigte Menschen. Enthalten sind über 70 Angebote wie z.B. günstigere Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen und eine kostenlose Mitgliedskarte für die Bibliothek.

10

Den Hannover Aktiv-Pass bekommen Menschen, die folgende Hilfen erhalten:

- Bürgergeld
- Hilfe zum Lebensunterhalt
- Grundsicherung
- 15 • Wohngeld und sonstige laufende Sozialhilfe (z.B. Hilfe zur Pflege)
- Eingliederungshilfe
- Leistungen für Asylbewerber
- ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Kriegsofferfürsorge der Region Hannover
- 20 • Also fast alle Menschen, die aus finanziellen Umständen Unterstützung bei der gesellschaftlichen Teilhabe benötigen.

25

Hier wird eine wichtige Gruppe von Menschen vergessen, die ebenso einer gesellschaftlichen Teilhabe-Maßnahme berechnigt wären: junge Menschen, die in einer Jugendhilfemaßnahme sind. Die jungen Menschen sind ebenso benachteiligt, sowohl finanziell als auch gesellschaftlich. Auch Sie haben im Alltag weniger Möglichkeiten zur Teilhabe. Der Alltag für junge Menschen in der Jugendhilfe ist immer noch geprägt von Vorurteilen, sie haben, ebenso wie die jetzt schon Berechnigten des Aktivpasses, weniger finanzielle Möglichkeiten zur Teilhabe. Aber sie können keinen Nachteilsausgleich erhalten, weil sie nicht als Personengruppe anerkannt werden, die ebenso mehr Teilhabemöglichkeiten benötigt. Die Jugendhilfe folgt zwar auch der

30

genannten Entlastungsmaßnahme nicht mit benannt. Dies muss geändert werden, indem wir die Jugendhilfemaßnahme in den Aktiv-Pass aufnehmen.

U01 - Europäische Zusammenarbeit für den Erhalt gefährdeter Arten: Ein gemeinsamer Weg zum Schutz unserer Biodiversität

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos Region Hannover

5 Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

Der Klimawandel und andere Entwicklungen wie die Intensivierung der Landwirtschaft führen zu immer größer werdenden Herausforderungen für verschiedene Pflanzen- und Tierarten. Um zu verstehen, wo die konkreten Probleme für einzelne Arten liegen, und sie im Anschluss gezielter schützen zu können, setzt man in diesem Bereich meist bei der Forschung an. So

10 läuft derzeit beispielsweise ein Forschungsprojekt zum Rotschenkel, ein als gefährdet bis stark gefährdet eingestuft Vogel auf der Roten Liste wandernder Vogelarten. Diese Art ist besonders von Klimawandel und Intensivierung der Landwirtschaft betroffen, da der Watvogel im Watt oder auf Feuchtwiesen lebt. Immer mehr Feuchtwiesen werden zugunsten von Baugrund-

15 stücken oder Agrarflächen trockengelegt und auch die Artenvielfalt im Watt verändert sich durch die steigenden Temperaturen bereits. Um herauszufinden, ob die Rotschenkel auf die veränderten Umweltbedingungen beispielsweise mit neuen Rastplätzen und verkürzten Flugrouten reagieren, haben Vogelschützer vom NLWKN in den vergangenen Jahren neun Tiere am Dümmer See im Landkreis Diepholz mit Sendern ausgestattet. Einer dieser streng ge-

20 schützten Wiesenvögel hatte im vergangenen Frühjahr erneut am Dümmer See gebrütet und war im Spätsommer auf dem Weg in sein Überwinterungsquartier im Mittelmeerraum bis Zentralafrika bei einer Rast in Frankreich von Jägern erschossen worden. Nach französischem Recht, aber auch in weiteren Ländern, ist die Jagd auf Vögel wie den Rotschenkel legal.

Der Vogelzug ist die größte regelmäßige Pendelbewegung im Tierreich. Jährlich sind weltweit

25 schätzungsweise 50 Milliarden Zugvögel unterwegs, davon etwa fünf Milliarden zwischen Europa und Afrika. Die Tiere haben dabei zunehmend mit menschengemachten Problemen zu kämpfen, beispielsweise der Lichtverschmutzung, die von großen Städten ausgeht und die Navigation erschwert, Glasfassaden großer Häuser, die von den Vögeln durch die Spiegelung des Himmels nicht als solche erkannt werden und bei Zusammenstößen nahezu immer tödlich

30 enden, sowie die Verschiebung des Jahresrhythmus und Veränderung von Luftströmungen durch steigende Temperaturen. Diese und weitere Faktoren erschweren der großen Anzahl an Zugvögeln bereits die jährliche Wanderung, bei der viele Länder auf dem Weg zum Sommer- bzw. Winterquartier überquert werden.

Ist ein Vogel wie der Rotschenkel nach diesem weiten Weg beispielsweise an der Norddeutschen Küste angekommen, um hier den Sommer zu verbringen, Nachwuchs aufzuziehen und

35

sich auf den langen Rückflug vorzubereiten, steht er unter Schutz und sein Gelege wird ggf. weiträumig vor neugierigen Touristen abgesperrt oder es werden andere finanziell und zeitintensive Maßnahmen von Behörden oder Verbänden ergriffen, um möglichst viele Exemplare dieser Art zu erhalten. Sobald er den Rückflug antritt und sich im Luftraum anderer europäischer Staaten befindet, kann er jedoch ohne Konsequenzen gejagt werden. Nach der EU-Richtlinie über die Erhaltung wildlebender Vogelarten sind bislang nur vom Aussterben bedrohte, aber nicht bloß gefährdete Vögel vom absichtlichen Töten ausgenommen. Zudem hat die Richtlinie nicht nur den Schutz, sondern u.a. auch die Bewirtschaftung von Arten zum Ziel, wobei neben wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und ökologischen auch kulturelle oder freizeitbedingte Erfordernisse, also beispielsweise die Jagd, beachtet werden dürfen. An dieser Stelle arbeiten EU-Mitgliedsstaaten ohne erkennbaren Grund gegeneinander. Wenn die einen einen Vogel schützen und die anderen ihn töten, ist das sehr ineffizient und wenig zielführend.

Daher fordern wir eine Initiative auf EU-Ebene, die die Jagd gefährdeter Arten, aufgrund der verstärkten Betroffenheit durch den jährlichen Vogelzug insbesondere von gefährdeten Vögeln, allen Mitgliedsstaaten explizit verbietet. Das bereits vorhandene EU-Naturschutzrecht muss besser umgesetzt und ausreichend finanziert werden.

Bedroht sind Vögel und andere Arten in Europa aber nicht nur durch Jagd. Die große Menge an weiterhin verwendeten Pestiziden in der Landwirtschaft schadet vor allem Insekten, die wiederum als Bestäuber verschiedener Pflanzenarten und als Nahrung für andere Tiere fehlen. Daher wurde kurz vor der Europawahl im EU-Parlament ein Gesetz beraten, das den Einsatz von Pestiziden hätte reduzieren und den Green Deal umsetzen sollen. Eine konservative Mehrheit lehnte den Gesetzentwurf aber ab, nachdem es Kritik aus Bauernverbänden gab. Dabei geht es beim Einsatz von Pestiziden nicht nur um Agrarflächen, sondern die Nutzung ist beispielsweise auch in städtischen Parkanlagen, Natura-2000-Gebieten und sogar an Schulen erlaubt. Einige Pestizide wie Glyphosat können auch für Menschen krebserregend sein, während die Folgen des versickerten Pestizids im Grundwasser noch nicht abzuschätzen sind. Da Glyphosat kürzlich von der EU-Kommission eine Neuzulassung für weitere zehn Jahre erhalten hat, wäre nun auch ein nationales Verbot europarechtswidrig, sodass es bis auf weiteres in Deutschland verwendet werden kann.

Wir fordern daher, dass ein neuer Gesetzentwurf im Europäischen Parlament eingebracht werden soll, um den Einsatz von Pestiziden stark einzuschränken und nur unter strengen Auflagen zu erlauben. Des Weiteren soll die Forschung zu Pestiziden wie Glyphosat fortgesetzt werden, um die Folgen für Mensch und Umwelt genauer einschätzen zu können. Sollten sich dabei Gefahren abzeichnen, soll diesen Pestiziden die Zulassung europaweit entzogen werden.

Kurz vor der Europawahl im vergangenen Jahr wurden weiterhin von den Agrarminister*innen die Umweltauflagen in der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik gelockert, weshalb die Pflicht,

mindestens vier Prozent aktueller landwirtschaftlicher Flächen zugunsten der Biodiversität stillzulegen, entfallen ist. Diese Brachflächen sind durch den Strukturwandel der Landwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten bereits stark zurückgegangen und werden dies in der Folge des Wegfalls der Vorgabe mit großer Wahrscheinlichkeit weiter tun. Mit dem Schwinden der Rückzugsgebiete insbesondere für Insekten, Wiesenvögel sowie kleine Säugetiere und paralleler Ausweitung von landwirtschaftlich genutzten Flächen geht langfristig der Rückgang der Artenvielfalt einher. Deutschland ist bereits ein Land, das mit ca. 48.000 Tierarten im weltweiten Vergleich mit zwei bis elf Millionen beschriebenen und vermuteten Arten zu den eher artenärmeren Gebieten zählt. Im europaweiten Vergleich liegt Deutschland zusätzlich bei der Ausweisung strenger Naturschutzgebiete mit nur 0,6 Prozent der Fläche auf dem drittletzten Platz der EU-Mitgliedsstaaten und hat zuletzt mehr Naturräume und Arten in mangelhafter bis schlechter als in guter Verfassung gemeldet. Für letztere Räume müssen Renaturierungsmaßnahmen wie die Wiedervernässung von Mooren, Aufforstung von Wäldern und Rückkehr zu natürlichen Flussläufen ergriffen werden, während für die „strengen Naturschutzgebiete“ einheitliche Standards festgelegt werden müssen. Nach den Kriterien der Weltnaturschutzunion wären dies Gebiete, wo fast kein menschlicher Eingriff stattfinden darf. In Deutschland sind diese besonderen Schutzgebiete die 16 Nationalparks. Beispielsweise im Nationalpark Wattenmeer wird hingegen in den Kernzonen legal Fischerei betrieben, was den Bedarf an einheitlichen Standards und die Durchsetzung von wirksamem Schutz verdeutlicht.

Solange keine europaweiten Vorgaben zu landwirtschaftlichen Ausgleichsflächen gelten, fordern wir weitergehend, dass es deutschlandweite Regelungen gibt, um die Artenvielfalt nicht noch stärker als ohnehin schon zu gefährden. Die naturfeindliche EU-Agrarpolitik sowie schädliche Brüsseler Subventionen müssen reformiert werden!

U02 - Kein Freiflug für Millionäre – Schlupflöcher bei der Kerosinsteuer schließen!

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

5

Wir fordern die Schließung der Schlupflöcher bei der Kerosinsteuer für Privatjets. Aktuell gibt es eine Kerosinsteuer, die jedoch kaum jemand zahlt, weil die Unternehmen und die oberen 1% der Bevölkerung die Schlupflöcher kennen. Beispielsweise bietet VW eine geringe Anzahl an Flugzeugen zur Miete an, damit zählen sie zu den kommerziellen Luftfahrtanbietern und müssen auf ihre 2.800 Flüge pro Jahr keine Kerosinsteuer zahlen. Durch diese Schlupflöcher gehen dem Staat mit dem aktuellen Steuersatz von 65,45 ct/l jährlich 263,8 Millionen Euro verloren. Dieser Steuersatz orientiert sich an dem von Benzin. Da eine Kerosinsteuer im öffentlichen Flugverkehr zu Lasten der Normalverbraucher*innen ginge, fordern wir eine Besteuerung des Privatverbrauchs, da die CO₂-Belastung pro Passagier*in bei einer geringeren Anzahl von Passagier*innen in einem Privatjet deutlich steigt. Auf Kosten der Umwelt und geringer verdienenden Menschen werden so mehr Privatflüge als nötig durchgeführt, häufig auf kurzen Strecken.

Der § 11 II Luftverkehrssteuergesetz soll wieder dahingehend geändert werden, dass mehr als 2,33 Milliarden Euro an Steuern eingenommen werden können. Die Gesetzesänderung, dass ab 2025 der Steuersatz automatisch sinkt, wenn die Einnahmen 2,33 Milliarden Euro übersteigen, ist rückgängig zu machen. Für Sportflüge sehen wir nicht die Notwendigkeit einer Besteuerung, aber für Privatflüge aus gewerblichen Zwecken.

S01 - Bereitstellung eines Raumbuchungssystems für das KSH

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

5

Aktuell erfolgt die Raumbuchung im KSH über mehrere Wege, vor allem über den Empfang und die Mitarbeitenden des KSH. Dadurch, dass kein zentrales gemeinsames Tool genutzt wird, kommt es zu zahlreichen Abstimmungsschwierigkeiten und Doppelbelegungen. Dies gilt es durch die Nutzung eines Tools für die Raumbuchung zukünftig zu vermeiden.

- 10 Dementsprechend fordern wir die Einführung und Verwendung eines Raumbuchungssystems für das KSH, sodass für einzelne Personen einsehbar ist, wann Räume frei sind und weitere Personen direkt die Nutzung der Räume im Kontext der Jusos/SPD buchen können (beispielsweise für AGen und Arbeitskreise). Eine Buchung über den Empfang, bzw. die Mitarbeitenden des KSH kann gerne für insbesondere ältere Genoss*innen weiterhin möglich sein, allerdings
- 15 müssen diese dann von den Mitarbeitenden in das Tool eingepflegt werden.

Als Anforderung an das Tool gilt nur, dass die Räume aus dem KSH als buchbare Ressourcen abbildbar sind und es eine Trennung von Zugriffsberechtigungen gibt, sodass seitens des KSH Zugriffsrechte auf das Tool vergeben werden können.

S02 - Automatische Erhöhung von Freibeträgen

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos NordOst

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

5

Statt dass die Erhöhung von Mindestlohn, Grundfreibeträgen, Bürgergeld, BAföG und weiteren Grenzen immer von verschiedenen Kommissionen erarbeitet und beschlossen wird, kann sich eine Menge Aufwand gespart werden, indem diese jährlichen Erhöhungen automatisiert an die Inflationsrate gekoppelt werden. In Fällen, die eine besondere Änderung erfordern, kann und

10 sollte eine Erhöhung über die Inflationsrate hinaus und außerhalb des jährlichen Turnus durch die politische Entscheidungsträger*innen beschlossen werden. Vieles schon automatisch geschehen zu lassen, sollte allerdings dazu führen, dass sich die Politik auf andere Themen konzentrieren kann.

15 Deshalb fordern wir eine automatische Erhöhung von Freibeträgen und Bezugsgrößen wie z.B. Mindestlohn, Grundfreibetrag und Bürgergeld gekoppelt an die Inflation unter Berücksichtigungen zusätzlicher Faktoren für einzelne Grenzen. So sollten zum Beispiel Bürgergeld und Mindestlohn deutlich stärker steigen, wenn die Kosten für die Grundbedürfnisse stark steigen.

S03 - Erweiterung der Linie 6

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos Vahrenwald-List

Weiterleitung: Stadtverband Hannover

5

Die Juso-Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Eine Erweiterung der Gleise der Stadtbahnlinie 6 um ca. einen Kilometer mit einer Bahnstation für die Chicago Lane.

10 Begründung:

Der Ausbau von teuren Studierendenwohnheimen weit außerhalb der Stadt, auf der anderen Seite des Expo Geländes und somit durch kilometergroße Asphaltwüsten vom isoliert Stadtleben verbunden mit einer geringen Lebensqualität darf nicht unkorrigiert und von der Stadt ignoriert bleiben. Die Studierendenwohnheime der Chicago Lane sind im Moment nur zu erreichen in dem man 20 Minuten von der Bahnstation zu Fuß geht oder mit Glück einen der Busse erreicht, die alle 20 Minuten von dort abfahren und selbst 10 Minuten bis zum Erreichen der Wohnhäuser brauchen.

15

Selbst dieser fährt nachts nicht mehr dort hin und sorgt damit für einen unsicheren und unangenehmen weg nach Hause durch schlecht beleuchtete, menschenleere Pflasterstein-Einöden.

20

Eine Erweiterung der Gleise bis zur Chicago Lane würde zudem auch zulassen, dass der Ikea am Expo Park endlich vernünftig an den ÖPNV angebunden ist. Somit würden kleine Einkäufe wie zum Beispiel Lampen oder Deko sowie besuche mit dem exklusiven Ziel des Gangs zum Buffet nicht mehr mit dem Auto verrichtet werden müssen. Das macht es auch für jene Hannoveraner*innen ohne Auto möglich das beliebte Möbelhaus bequem zu besuchen.

25

Faire Anbindung in die Stadt, Sichere Wege nach Hause vor allem auch für junge Frauen, Ausbau des ÖPNV an ein bis jetzt so gut wie Auto exklusives Ziel, Fairness gegenüber jenen ohne Auto. Der kleine Eingriff in die Infrastruktur mit nur einer Station mehr würde sehr viele Probleme des Gebietes ExpoPark adressieren und teilweise lösen. Daher fordern wir diese Erweiterung schnellstmöglich.

30

S04 - Bist du dir sicher? Für eine niedrigschwellige Lebensmittelkennzeichnung

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos Südstadt-Bult

Weiterleitung: Juso-Bezirkskonferenz, SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirkskonferenz

5

Pesto, Gummibärchen, Gebäck und Salami.

Alles Lebensmittel, die wir in den meisten Supermärkten finden und die somit fest zu unserem Alltag gehören. Doch wissen wir auch was genau drin steckt? Egal ob aus religiöser Überzeugung, Umwelt- und Tierschutz, Allergien oder Ekel – wir alle haben ein Recht darauf zu wissen, was sich in unserem Essen versteckt.

10

Dabei sind die Inhalte oft auch für Muttersprachler*innen nicht sofort mit einem Blick auf die Inhaltsstoffe ersichtlich – so kann der Käse im Pesto mit Enzymen aus einem Kalbsmagen angereichert sein oder deine Gummibärchen durch Läuse eingefärbt.

15

Kulturelle Unterschiede können dafür sorgen, dass in manchen Lebensmitteln gar keine entsprechenden Zusatzstoffe erwartet werden und daher nicht auf die detaillierten Inhaltsstoffe geachtet wird. Beispielsweise wenn Weihnachtsstollen mit Schmalz hergestellt sind.

Für Personen, die nicht lesen können oder nicht sehr gut Deutsch lesen können, ist der Einkauf von Lebensmitteln mit ganz besonderen Herausforderungen verbunden. Das betrifft Tourist*innen, Geflüchtete aber auch Legastheniker*innen und kleine Kinder.

20

Jeder Mensch hat das Recht zu wissen, was er/sie isst. Deshalb müssen die Hürden so niedrig wie möglich gehalten werden!

25

Die Jusos im Unterbezirk Hannover fordern daher, dass sämtliche verkäufliche Lebensmittel mit Piktogrammen der Tiere gekennzeichnet werden müssen, die in diesen Lebensmitteln verarbeitet sind. Die Piktogramme sollen als Ergänzung zu gängigen Symbolen zur Kennzeichnung von vegetarischen oder veganen Lebensmitteln dienen.

Begründung:

30

Die Inhalte von Lebensmitteln sind oft nicht gut nachzuvollziehen und sorgen für Stress und Verunsicherung. Viele Menschen entscheiden sich dafür nach bestimmten Regeln zu essen, ob vegan, vegetarisch, kosher oder halal. Dabei stehen sie im Alltag in Deutschland vor großen Herausforderungen.

Während viele Personen direkt zu einem Fruchtojoghurt greifen würden, würden sich einige Vegetarier*innen vermutlich dagegen entscheiden, wenn sie wüssten, dass Gelatine enthalten

ist. Für Hindus oder Muslime wäre hingegen entscheidend, ob die Gelatine aus Rind oder Schwein gewonnen wurde.

5 Muttersprachler*innen werden vermutlich sofort wissen, dass Geflügelsalami für Hindus und Muslime unbedenklich zu essen ist. Tourist*innen müssen sich erstmal einen Überblick über alle Sorten verschaffen, von Pute über reines Rind bis hin zu Rauchsalami.

In anderen Ländern ist es bereits üblich Fleischsorten nach den Tieren zu sortieren oder zu kennzeichnen, um genau solche Hürden abzubauen.

Die vorgeschlagene Kennzeichnung stellt sicher, dass die Kund*innen ohne Recherche oder Aufwand wissen, was in welchen Produkten enthalten ist.

10

Ini01 - Gleiches Recht für alle – Keine Bevorzugung der Polizei

Angenommen

Antragsteller*innen: Jusos Nordstadt

Weiterleitung: Juso-Landeskonferenz

5

Recht darf kein Privileg sein. Auch für Polizist*innen muss gelten, was für alle anderen Menschen im Strafverfahren gilt. Jüngste Recherchen von FragDenStaat zeigen, dass in neun Bundesländern, unter anderem Niedersachsen, Polizeibeamt*innen durch eine Zwei-Klassen-Justiz bevorzugt werden und selbst Bagatell-Taten zwingend vor Gericht landen. Grund dafür sind geheime Anweisungen der Justizbehörden.

10

Zentraler Kritikpunkt ist dabei nicht nur der Umgang mit Polizeigewalt selbst, sondern eine **strukturelle Schieflage in der strafrechtlichen Behandlung von Polizeibediensteten im Vergleich zur Zivilbevölkerung**. Verfahren gegen Polizist*innen verlaufen häufig im Sande, obwohl zahlreiche Beschwerden und Vorwürfe vorliegen. Gleichzeitig werden Anzeigen von Polizist*innen gegen Bürger*innen – z. B. wegen Widerstands oder tätlicher Angriffe – mit hoher Konsequenz verfolgt, selbst wenn es widersprüchliche Aussagen oder keine unabhängigen Beweise gibt.

15

Diese Ungleichbehandlung hat mehrere Ursachen: Zum einen fehlt es an **unabhängigen Ermittlungsstrukturen**. Oft werden Verfahren gegen Polizist*innen intern geführt oder es besteht eine personelle Nähe zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft. Zum anderen gibt es **keine systematische Erfassung oder öffentliche Auswertung** von Polizeigewalt in Niedersachsen. Betroffene stehen strukturell im Nachteil, während Polizeibedienstete durch ihre Rolle und institutionelle Rückendeckung privilegiert sind. Diese Unfähigkeit, gegen Polizeigewalt wirksam vorzugehen, ist schon lange bekannt. Die wiederholte Forderung, auch von uns Jusos, die Polizei besser zu kontrollieren, hat immerhin zur Einrichtung einer Beschwerdestelle im Landesinnenministerium geführt. Diese Beschwerdestelle ist jedoch nach wie vor Teil des Ministeriums, dem auch die Polizei untersteht, und hat zudem keine ausreichenden Kompetenzen.

20

25

Darüber hinaus hat die Recherche von FragDenStaat am Beispiel von NRW aufgezeigt, dass Staatsanwaltschaften in einer geheimen Rundverfügung des Landesjustizministeriums angewiesen werden, Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger*innen in jedem Fall zur Anklage zu bringen. Für geringfügige Fälle sieht die Strafprozessordnung die Möglichkeit vor, keine Anklage zu erheben und somit auch die Gerichte zu entlasten. Auch unter diesen Umständen können Beschuldigte zu einer Geldauflage oder gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden. Viele Anzeigen gegen Polizist*innen führen nicht zu einer Anklage. Andersrum gilt das jedoch

30

35

nicht: Wegen vermeintlicher Angriffe auf Polizist*innen sind, selbst wenn kein oder ein geringfügiger Schaden entstanden sind, ist immer Anklage zu erheben. Während diese Regelung für Straftaten gegen Berufsgruppen wie Feuerwehr oder Journalist*innen nachvollziehbar sein kann, fügt sie sich im Fall von Polizist*innen, die selbst (unverhältnismäßige) Gewalt ausüben, in ein massives Machtgefälle ein.

Eine funktionierende Demokratie muss sich gerade dort bewähren, wo staatliche Macht gegen Einzelne ausgeübt wird. Wir Jusos setzen uns deshalb für eine konsequente Gleichbehandlung aller Menschen im Strafverfahren ein – unabhängig von Uniform oder Dienststatus.

Wir fordern daher von der niedersächsischen Landesregierung:

10 1. **Die Beendigung der strukturellen Bevorzugung von Polizeibeamt*innen in Strafverfahren.**

Polizist*innen dürfen keine Bevorzugung erfahren – weder durch interne Ermittlungen noch durch enge institutionelle Verflechtungen. Das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz muss in der Praxis gelten. Die Kritik, die FragDenStaat erhebt, müssen durch das Landesjustizministerium geprüft werden.

15 2. Dabei soll insbesondere die unabhängige Verfolgung und Ermittlung von Straftaten und Vergehen, die von Polizeibeamt*innen begangen worden sind, sichergestellt werden. Denn nur wenn dafür ein von der Polizei und den Innenministerien unabhängiges Verfahren existiert, kann eine Gleichstellung vor dem Gesetz zwischen Polizei und Bürger*innen gewährleistet werden und vermieden werden, dass rechtswidrige Handlungen nicht ausreichend geahndet werden, weil sonst Polizeibeamt*innen ihren Beamtenstatus verlieren würden.

20 3. **Die Umwandlung des bestehenden „Qualitäts- und Beschwerdemanagement im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport“ in eine wirklich unabhängige Ermittlungs- und Kontrollinstanz.**

25 Diese Stelle muss personell, institutionell und rechtlich unabhängig sein, mit der Befugnis, sowohl Einzelfälle zu untersuchen als auch strukturelle Probleme offenzulegen.

30 3. **Die konsequente Fortbildung aller Polizeibediensteten in den Bereichen Deeskalation, Grundrechte, Antidiskriminierung und rechtsstaatliches Verhalten.**

Neben Kontrolle braucht es auch kontinuierliche Bildung und Reflexion innerhalb der Polizei. Besonders Herausforderungen stellen die Bekämpfung von unbewussten bis sehr expliziten rassistischen Einstellungen, die sich z.B. in Racial Profiling ausdrücken, sowie der Umgang mit psychisch kranken Täter*innen da. In Nienburg kam es 2024 beispielsweise zu tödlichen Schüssen auf einen Asylbewerber aus Gambia. Die Ermittlungen gegen die verantwortlichen Polizist*innen wurden eingestellt. Zahlreiche Kritiker*innen, beispielsweise der

Niedersächsische Flüchtlingsrat, weisen jedoch darauf hin, dass die Polizei durch Gewaltein-
satz womöglich zu einer Eskalation der Situation beigetragen habe.

**Ein demokratischer Staat muss zeigen: Niemand steht über dem Gesetz – auch nicht
die Polizei.** Wir fordern die Landesregierung in Niedersachsen auf, sich entschieden für
5 rechtsstaatliche Verfahren, unabhängige Kontrolle und strukturelle Fairness einzusetzen. **Ins-
besondere muss die Verpflichtung entfallen, bei vermeintlichen Straftaten gegen Poli-
zist*innen in jedem Fall Anklage zu erheben.** Die Einstellung von Verfahren wegen Gering-
fügigkeit muss auch möglich sein, wenn Polizist*innen betroffen sind.

Gleiches Recht für alle. Jetzt.

10

Ini02 - Gerechtigkeit für Lorenz – Konsequente Aufklärung und entschlossener Kampf gegen rassistische Polizeigewalt

Angenommen

5 Antragsteller*innen: Jusos Burgdorf, Jusos Nordstadt

Wir Jusos Region Hannover verurteilen die tödlichen Schüsse der Polizei auf den 21-jährigen Lorenz in der Nacht zu Ostersonntag 2025 in Oldenburg. Lorenz, ein junger Schwarzer Mann, wurde bei einem Polizeieinsatz durch mehrere Schüsse tödlich verletzt – mindestens drei da-
10 von trafen ihn von hinten, in Hüfte, Oberkörper und Kopf. Ausgelöst wurde der Einsatz dadurch, dass Türsteher ihn nicht in eine Discothek hineinlassen wollten, angeblich wegen seiner Jogginghose. Die Umstände seines Todes werfen zahlreiche Fragen auf, unter anderem, warum von hinten auf ihn gefeuert wurde, warum die Polizei falsche Angaben zur angeblichen Bedrohung mit einem Messer machte und warum die eingesetzten Bodycams nicht ak-
15 tiviert waren.

Besonders kritisch sehen wir, dass die Ermittlungen ausgerechnet durch die Polizeiinspektion Delmenhorst/Oldenburg-Land/Wesermarsch geführt werden – jene Dienststelle, in deren Ge-
wahrsam 2021 ein junger BIPoC, Qosay Khalaf, unter ungeklärten Umständen verstarb. Auch dieser Fall ist bis heute nicht transparent aufgearbeitet worden. Das erschüttert das Vertrauen
20 in die Unabhängigkeit und Ernsthaftigkeit der Ermittlungen zutiefst. Die Praxis, dass sich Polizei-
behörden gegenseitig untersuchen, ist strukturell problematisch und muss dringend beendet werden.

Für viele BIPoC ist das Vertrauen in die Polizei schon lange erschüttert. Laut Erhebungen gibt es durchschnittlich mehr als einen vergleichbaren Fall pro Monat. Viel zu oft verlaufen Ermitt-
25 lungen im Sande oder werden durch einen falschen Korpsgeist in der Polizei verhindert. Wir fordern eine lückenlose, unabhängige und transparente Aufklärung dieses tödlichen Einsatzes.

Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen, Freund*innen und Mitstreiter*innen von Lorenz. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit dem lokalen Bündnis “Gerechtigkeit für Lorenz” in Oldenburg,
30 das sich für Gerechtigkeit und ein würdevolles Gedenken einsetzt. Die breite Beteiligung an Demonstrationen in Oldenburg und darüber hinaus , wie z.B. in Hannover, zeigt: Die Zivilgesellschaft fordert Aufklärung, Konsequenzen und strukturelle Veränderungen.

Lorenz' Tod ist kein Einzelfall. Immer wieder werden insbesondere Schwarze Menschen, People of Color und Menschen in psychischen Ausnahmesituationen durch Polizeigewalt verletzt

oder getötet. Diese Realität ist Ausdruck struktureller Probleme in unseren Sicherheitsbehörden. Rassismus, mangelnde Kontrolle und unzureichende Aufarbeitung stehen dem Anspruch eines demokratischen Rechtsstaats fundamental entgegen.

Wir fordern deshalb:

- 5 1. Eine unabhängige Untersuchung des Polizeieinsatzes durch eine von der Polizei unabhängige, transparente und mit klaren Kompetenzen ausgestattete Stelle.
2. Die bundesweite Einrichtung von unabhängigen Beschwerde- und Ermittlungsstellen, die nicht der Polizei oder den Innenministerien unterstehen.
3. Eine konsequente und öffentlich kontrollierte Aufarbeitung rassistischer Strukturen in
10 Polizei, Justiz und Verwaltung.
4. Verbindliche Standards für die Aus- und Fortbildung von Polizeikräften: Die Themen intersektionaler Rassismus, Deeskalation, Menschenrechte, Gleichbehandlung, Racial Profiling, interkulturelle Kommunikation und diskriminierungssensible Sprache müssen
15 fester Bestandteil der Grundausbildung und der gesamten Berufslaufbahn sein. Dazu gehören verpflichtende, mindestens jährliche Weiterbildungen und Auffrischungsschulungen. Personen, die in diesen Bereichen gravierende Defizite aufweisen, dürfen nicht im Polizeidienst verbleiben. Ziel ist es, rassistisches Verhalten zu verhindern, diskriminierungssensibles Handeln zu fördern und den Polizeiapparat wirksam gegen rechtsradikale Unterwanderung zu schützen. Fortbildungen sollen den Kontakt mit von Diskriminierung betroffenen Menschen gezielt stärken.
- 20 5. Die aktive Unterstützung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Bündnisse und Initiativen, die sich gegen Polizeigewalt, Rassismus und für Menschenrechte einsetzen.
6. Studien über rassistische Diskriminierung durch private Sicherheitsdienste, unter anderem in Bars und Diskotheken.
- 25 Gerechtigkeit für Lorenz heißt: Nicht nur Trauer und Mitgefühl, sondern auch politisches Handeln. Die strukturelle Dimension rassistischer Polizeigewalt muss benannt, anerkannt und entschieden bekämpft werden – für eine Gesellschaft, in der alle Menschen in Würde und Sicherheit leben können.

Ein demokratischer Staat muss zeigen: Niemand steht über dem Gesetz – auch nicht die Polizei. Wir fordern die Landesregierung in Niedersachsen auf, sich entschieden für rechtsstaatliche Verfahren, unabhängige Kontrolle und strukturelle Fairness einzusetzen. **Insbesondere muss die Verpflichtung entfallen, bei vermeintlichen Straftaten gegen Polizist*innen in jedem Fall Anklage zu erheben.** Die Einstellung von Verfahren wegen Geringfügigkeit muss auch möglich sein, wenn Polizist*innen betroffen sind.

Gleiches Recht für alle. Jetzt.